

**Jusos ante portas – unser Kurs heißt
Wahlsieg!**

Antragsbuch



Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. Juni 2010

Hochschule Merseburg (FH)



Inhaltsverzeichnis:

Antragsbereich – Arbeitsprogramm

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
A1	Landesarbeitsprogramm der Jusos in der SPD, Landesverband Sachsen-Anhalt, 2010-2012 Juso-Landesvorstand	5

Antragsbereich - Bildung

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
B1	Betreuungsschlüssel für ErzieherInnen LAK Bildung und Soziales über den Landesvorstand und Jusos-Kreisverband Saalekreis	11
B2	Studie zur Sprachfeststellung LAK Bildung und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis	12
B3	Ergebnisse der Sprachfeststellung auch an Grundschule übermitteln LAK Bildung und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis	13
B4	Paritätische Besetzung der Gesamtkonferenzen an Schulen LAK Bildung und Soziales über den Landesvorstand	14
B5	Patenschaftsprojekte in der Sekundarstufe I einführen LAK Bildung und Soziales über den Landesvorstand	15
B6	Portfolios den Grundschulen zur Verfügung stellen LAK Bildung und Soziales über den Landesvorstand	16
B7	Schülerentscheide ermöglichen LAK Bildung und Soziales über den Landesvorstand	17
B8	Anerkennung dualer Studiengänge LAK Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	18
B9	Deutsch-Polnischer Austausch unter dem Thema „Studiern mit Bologna“ initiieren Juso-Stadtverband Halle	19
B10	Bafög ausbauen statt Nationalem Stipendienprogramm Juso-Kreisverband Harz	20
B11	Berufliche Bildung sichern, stärken und zukunftsfähig gestalten Juso-Kreisverband Harz	21
B12	Bildung besser machen Juso-Kreisverband Harz	26
B13	Bildungsföderalismus gehört der Vergangenheit an Juso-Kreisverband Harz	29
B14	Büchergeld für alle Studenten und Auszubildenden Kreisverband Harz	30
B15	Nein zum Betreuungsgeld von Schwarz-Gelb, Ja zu mehr frühkindlicher Bildung Juso-Kreisverband Harz	31

B16	Vereinheitlichung der Bewerbungs- und Zulassungsfristen für die Bachelor- und Masterstudiengänge Juso-Kreisverband Harz	32
B17	Sicherung der Hochschulfinanzierung Juso-Hochschulgruppenkoordination	33
B18	Kindergarten-Pflicht für alle Juso-Stadtverband Magdeburg	34
B19	Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub Juso-Kreisverband Salzlandkreis	35

Antragsbereich – Innen-, Außen und Kommunalpolitik

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
IAK1	Demokratie stärken – politisches Desinteresse bekämpfen – Erscheinungspflicht im Wahllokal einführen Juso-Landesvorstand	36
IAK2	Übernahme des Brandenburger Modell im Kampf gegen Rechtsextremismus LAK gegen Rechtsextremismus über den Landesvorstand	39
IAK3	Verfassungstreue Schornsteinfeger LAK gegen Rechtsextremismus über den Landesvorstand	40
IAK4	Änderung des Gesetzes zur Leiharbeit Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	41
IAK5	Stärkung des Subsidiaritätsprinzips bei den Mittelzuweisungen an Kommunen Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	42
IAK6	Antrag zur Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen kriminelle Motorrad-Rockerbanden Juso-Stadtverband Halle	43
IAK7	Antrag zur Reformierung der KFZ-Steuer Juso-Stadtverband Halle	44
IAK8	Ausweitung des Landtagswahlrechts Juso-Stadtverband Halle	45
IAK9	Städtebaulichen Gestaltungsspielraum schaffen Juso-Stadtverband Halle	46
IAK10	Schluss mit Prestigeprojekten bei der Deutschen Bahn AG – Investitionen in den Personennahverkehr fordern und fördern Juso-Kreisverband Harz	47
IAK11	Stärkere Nutzung der Grünfeilregelung Juso-Kreisverband Harz	48
IAK12	Steigerung des Demokratieverständnisses Juso-Kreisverband Harz	50
IAK13	Wiedereinrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle Mobilität beim BMELV Juso-Kreisverband Harz	51
IAK14	Einführung von Energiemanagementsystemen in Kommunen Juso-Kreisverband Saalekreis	52

IAK15	Abschaffung der Sommerzeit Juso-Kreisverband Stendal und Juso-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld	53
-------	--	----

Antragsbereich - Organisation

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
O1	Konstituierung der Landesarbeitskreise Landesarbeitskreis Bildung und Soziales und Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	54
O2	Generationengerechtigkeit bei der Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2011 Juso-Stadtverband Halle	55
O3	Regeln für Antragskommissionen Juso-Stadtverband Halle	56
O4	Regeln für Antragskommissionen Juso-Stadtverband Halle	58
O5	Änderung der Geschäftsordnung Juso-Kreisverband Harz	60
O6	Aktiv für die Gleichstellung von Mann und Frau eintreten! Für einen neuen Juso-LAK für Gleichstellung Juso-Stadtverband Magdeburg	61
O7	Solidarische Listenaufstellung zur Landtagswahl 2011 Juso-Stadtverband Magdeburg	62
O8	Benennung eines MdEP für Sachsen-Anhalt Juso-Kreisverband Stendal und Juso-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld	63

Antragsbereich – Wirtschaft und Soziales

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
WiSo1	Kostenloses KiTa-Jahr Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis	64
WiSo2	CO₂-Verpressung Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	65
WiSo3	CO₂-Verpressung 1 Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	66
WiSo4	Förderung erneuerbarer Energien Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	67
WiSo5	Mitteldeutscher Verkehrsverbund Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	68
WiSo6	Rufbussystem Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand	69

WiSo7	Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne gegen Homophobie Juso-Stadtverband Halle	70
WiSo8	Schaffung einer Landesenergieagentur – Für die Verbraucher in Sachsen-Anhalt Juso-Kreisverband Harz	72
WiSo9	Sockelrente einführen Juso-Kreisverband Harz	73
WiSo10	Armut und soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen! Juso-Stadtverband Magdeburg	76
WiSo11	Einführung eines Tariftreuegesetzes Juso-Stadtverband Magdeburg	78

1 Antrag: A1
2
3 Antragssteller: Juso-Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Landesarbeitsprogramm der Jusos in der SPD, Landesverband Sachsen-Anhalt,**
10 **2010-2012**

11
12 I. Präambel
13

14 Die vergangenen 20 Monate seit der letzten Wahl-Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in
15 Bernburg 2008 waren von äußerst ambivalentem Charakter: Einerseits ist es gelungen die
16 aktive inhaltliche Arbeit energisch fortzusetzen und durch eine Neugestaltung der
17 Pressearbeit auch die Außenwirkung des Landesverbandes erheblich zu verstärken.
18 Andererseits haben aber auch die Jusos es nicht verhindern können, dass die SPD in
19 Sachsen-Anhalt in dieser Zeit drei furchtbare Wahlniederlagen erlitten und insbesondere
20 seit der Bundestagswahl eine erschreckende öffentliche Wirkung hat.

21 Das Bild, dass sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt
22 miteinander nur noch im Streit um Personen, Positionen und Listenplätze befinden,
23 müssen wir bis zur Landtagswahl 2011 abstellen und auch langfristig aus den Köpfen von
24 Mitgliedern und politisch Interessierten gleichermaßen verbannen. Im Gegenteil: die
25 inhaltliche Debatte innerhalb und außerhalb der Partei und die Umsetzung unserer
26 selbstgesteckten Ziele muss unser politisches Handeln bestimmen.

27 Für uns bedeutet politische Verantwortung, gesellschaftlichen Problemen ins Gesicht zu
28 sehen und die Frage nach ihren Lösungen offen nach vorne zu stellen, mit dem Ziel, die
29 bestehenden Verhältnisse nachhaltig zu verbessern. Die Sozialdemokratie, welche sich
30 der progressiven Bewegung der Aufklärung verpflichtet fühlt, sollte sich stets der
31 Rationalität zuwenden und gesellschaftliche Herausforderungen als Anlass zur politischen
32 Verantwortung und praktischen Handlung nehmen. Für uns stehen die
33 sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Mittelpunkt
34 unseres Handelns. Auf dieser Grundlage stellen wir uns den zukünftigen
35 Herausforderungen.

36 Die SPD – im Land wie im Bund – steht in den kommenden Jahren vor einer
37 entscheidenden Neuausrichtung. Wir müssen uns aufgrund der Wahldebakel des Jahres
38 2009 neu aufstellen, programmatisch wie personell. Dafür bedarf es auch weiterhin
39 ehrlicher Analysen unserer Stärken und Schwächen, einer Schärfung unseres inhaltlichen
40 Profils und einer strukturellen Neuausrichtung unseres gesamten Landesverbandes. Dies
41 kann nur gelingen, wenn alle Arbeitsgemeinschaften und vor allem unsere Parteibasis, die
42 Mitglieder, in diesen Umstrukturierungsprozess mit einbezogen werden.
43

44 II. Aufgaben, Ansprüche und Inhalte
45

46 Die Jusos haben seit der LDK 2008 in Bernburg einen Generationswechsel durchlebt.
47 Dies betrifft nicht nur die personelle Zusammensetzung unserer Gremien, sondern auch
48 weite Teile unserer Mitgliedschaft. Gestärkt worden sind wir insbesondere durch
49 Neueintritte in Schulpforte und an den Hochschulstandorten. Wir haben verbandsintern,
50 insbesondere in unseren Landesarbeitskreisen, effektiv gearbeitet und auf dem
51 Magdeburger Landesparteitag unsere personellen Ansprüche an die SPD mutig
52 vorgetragen.

1 Diese Erfolge dürfen aber nicht davon ablenken, dass wir auf anderen Gebieten
2 erhebliche Schwierigkeiten durchlebt haben: In einigen Landesteilen sind die jeweiligen
3 Juso-Kreisverbände auf eine Handvoll Aktive geschrumpft, die als tapfere Einzelkämpfer
4 Politik zu gestalten versuchen. Auch aus diesem Grund ist unser Landesausschuss seit
5 2008 leider viel zu oft nicht beschlussfähig gewesen.

6
7 Eine wichtige Aufgabe des gesamten Landesverbandes wird es daher für die Zeit bis 2012
8 sein, die Gesamtstruktur der Jusos Sachsen-Anhalt kritisch zu überdenken. Zwar sind wir
9 in einigen Landesteilen hervorragend „aufgestellt“ – oftmals aber, gerade in der so
10 genannten Fläche, kämpfen wir um die bloße Arbeitsfähigkeit. Trotz zahlreicher
11 Neueintritte sinkt unser Mitgliederbestand in der Bilanz, trotz der Jusos Schulpforte
12 bereichern uns immer noch viel zu wenige Schülerinnen und Schüler; an unserem
13 defizitären Auszubildenden- und Arbeitnehmeranteil hat sich gleichfalls wenig zum
14 Besseren entwickelt.

15
16 Ein weiteres Ziel muss für uns folglich die Gewinnung und Aktivierung von Mitgliedern
17 sein. Der geringe Anteil weiblicher Mitglieder ist erschreckend. Durch eine stärkere
18 Außendarstellung unserer Positionen zu frauenpolitischen Themen müssen wir zeigen,
19 dass die auch in der Gesellschaft noch nicht vollzogene Gleichstellung von Mann und Frau
20 für uns kein erledigtes Thema ist. Dem müssen wir Jusos natürlich auch innerverbandlich
21 nachkommen. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist zwar eine wohlklingende Forderung,
22 doch für eine gute Politik ist vor allem eine gelebte geschlechtergerechtere Verteilung der
23 Verantwortung innerhalb und auch außerhalb der Jusos notwendig.

24
25 Grund, in den kommenden beiden Jahren Trübsal zu blasen, haben wird dennoch nicht:
26 Unsere aktive Arbeit wird innerhalb und außerhalb der Partei respektiert und anerkannt,
27 unsere inhaltliche Stärke gerade auf den Gebieten Bildung und beim Engagement gegen
28 Rechtsextremismus ist auffallend. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und ausbauen.

29
30 Für einen nachhaltigen Zukunftsentwurf genügt es nicht allein darzustellen, was das
31 bürgerliche Lager falsch macht. Wenn die SPD 2011 bei der Landtagswahl den
32 Ministerpräsidenten stellen möchte, muss sie den Bürgerinnen und Bürgern eine gute
33 Alternative anbieten. Die Aufgabe der Jusos wird es im nächsten Jahr sein, den SPD-
34 Landesverband genau bei diesem Prozess zu unterstützen und auch punktuell
35 anzutreiben. Die Jusos haben sich mehr und mehr zu der unverzichtbaren Kraft der SPD
36 Sachsen-Anhalt entwickelt.

37
38 Als wichtigste Aufgabe für den Landesverband in den kommenden Wochen und Monate
39 nehmen wir uns vor, inhaltlich und personell einen entscheidenden Beitrag zum
40 Landtagswahlkampf der SPD in Sachsen-Anhalt zu leisten. Das Wahlprogramm soll in
41 vielen Passagen Juso-Handschrift tragen – und bei der Kandidatenaufstellung wünschen
42 wir uns eine weitere Verjüngung der für die SPD ins Rennen um Mandate Gehenden.

43
44 Für die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes und seine Positionierung innerhalb der
45 SPD oder gegenüber der Öffentlichkeit steht jeder einzelne Juso in der Pflicht, von der
46 Arbeit im Ortsverein bis zum Bundeskongressdelegierten. Hierin eingeschlossen ist nicht
47 nur der Kontakt zu den anderen Arbeitsgemeinschaften in der SPD – zur AfB, zur AsJ, zur
48 AsF, der AfA, zu AGS, AsG und zur AG 60+. Auch unsere Zusammenarbeit mit anderen
49 politischen und gesellschaftlichen Akteuren sollte erheblich ausgebaut werden.

50
51 Unser Verhältnis zum Bundesverband hat sich in den letzten Jahren entspannt. Dennoch
52 bekennen wir uns weiter zu unserer schon lange vertretenen Sicht, dass wir im

1 Bundesverband ideologisch eine Minderheitenposition vertreten und gerade aus der Sicht
2 des Juso-Bundesvorstands eine eher randständige Rolle spielen. Wir wollen daher daran
3 anknüpfen, unsere Arbeit im Bundesausschuss und im Ostgipfel fortzusetzen und die
4 bestehenden Kontakte, etwa zu den Jusos Köln, den Jusos Rheinland-Pfalz und den
5 Jusos Sachsen, fruchtbar auszubauen. Über Besuche der Bundesvorsitzenden oder ihrer
6 Stellvertreter freuen wir uns wegen des in den letzten Jahren gepflegten konstruktiven
7 Austauschs jederzeit.

8
9 Wir lehnen es allerdings ab, uns inhaltlich überwiegend mit pseudo-akademischen
10 Debatten über den Charakter des Kapitalismus und die Wahrscheinlichkeit seiner
11 Überwindung zu beschäftigen oder jedes Jahr bereits bekannte Positionspapiere im
12 Umfang von Seminararbeiten zu beschließen. Die Jusos Sachsen-Anhalt bekennen sich
13 im Gegensatz zu den oft in kleinlichen Flügelkämpfen ausgetragenen Streitigkeiten auf
14 Bundesebene dazu, dass es gemeinsames Ziel aller Sozialdemokratinnen und
15 Sozialdemokraten sein muss, durch beständige Reformen im Kleinen eine langfristige
16 Modernisierung von Wirtschaftsform und Gesellschaftsordnung im Großen zu bewirken.

17 18 III. Strukturen

19 20 a) Der Landesvorstand

21
22 Der Landesvorstand der Jusos Sachsen-Anhalt koordiniert die politische Arbeit des
23 Landesverbandes. Er berät und beschließt auf regelmäßigen Zusammenkünften über
24 politische Angelegenheiten.

25
26 Auf seiner konstituierenden Sitzung gibt sich der Landesvorstand eine Geschäftsordnung
27 und verteilt für die kommenden zwei Jahre die internen Aufgabenbereiche. Die Arbeit der
28 Landesvorstandmitglieder soll im Besonderen auch daran gemessen werden, wie sie ihre
29 Pflichten bei der Kreis- und Arbeitskreisbetreuung wahrnehmen.

30
31 Der Landesvorstand bestimmt aus seiner Mitte ein koordinierend für die Pressearbeit
32 zuständiges Mitglied (Pressesprecher) und einen Verantwortlichen für die Homepage. Für
33 ersteren haben die Mitglieder des Landesvorstandes über eine Aufgabenbeschreibung zu
34 bestimmen, um Aufgaben und Berechtigungen konkret fest zu schreiben. Die
35 Außenvertretung des Landesverbandes wird vom Landesvorsitzenden in Absprache und
36 Abstimmung mit diesen beiden Funktionsträgern und dem Bundesausschussvorsitzenden
37 wahrgenommen.

38 Für die nächste Legislatur hat es sich der Juso-Landesvorstand außerdem zum Ziel
39 gesetzt, stärker als bisher mit anderen Teilen der Partei zusammen zu arbeiten. Zeitnah
40 werden wir daher als Auftakt für diese Bestrebungen eine gemeinsame Veranstaltung mit
41 der AG60+ zum Thema Generationengerechtigkeit konzipieren. Wir werden hier deutlich
42 unsere Forderungen und Positionen zum Ausdruck bringen.

43 44 b) Der Landesausschuss

45
46 Der Landesausschuss vertritt die Interessen der Stadt- und Kreisverbände auf
47 Landesebene. Er kontrolliert und korrigiert die Arbeit des Landesvorstandes, beschließt
48 über politische Angelegenheiten und versteht sich selbst als eine Plattform zum Zwecke
49 des Austausches von Informationen.

50
51 Die Erfahrungen der letzten Jahre machen es notwendig, in diesem Arbeitsprogramm
52 deutlich auf den hohen Stellenwert des Landesausschuss hinzuweisen. Nur die breite

1 Teilnahme der Vertreter der Kreis- und Stadtverbände ermöglicht es dem
2 Landesausschuss, seine Aufgabe als größtes beschlussfassendes Gremium zwischen
3 den Landesdelegiertenkonferenzen angemessen ausfüllen zu können. Sollte in der
4 Beteiligung am Landesausschuss in den nächsten Monaten keine wesentliche Besserung
5 eintreten, werden wir auf der LDK des Jahres 2011 über eine Reform seiner
6 Zusammensetzung beraten müssen.

7
8 Als Stichtag der Ermittlung für die gemäß Richtlinien der Jusos Sachsen-Anhalt auf die
9 Kreis- und Stadtverbände entfallenden Vertreter im Landesausschuss legt die LDK für die
10 Legislaturperiode 2010-2012 den 30.06.2010 fest.

11 12 c) Die Landesarbeitskreise (LAK)

13
14 Die Landesarbeitskreise unterstützen maßgeblich die inhaltliche Arbeit des
15 Landesverbandes und sind für folgende Themenbereiche selbständig aktiv:

16 17 LAK „Zukunft“

- 18
- 19 • Evaluation und Verbesserung der Juso-Arbeit im Landesverband und vor Ort
- 20 • Kampagnenfähigkeit des Verbandes sowie Wahlkampfstrategien
- 21 • Neumitgliederwerbung und Altmitgliederaktivierung
- 22 • Netzpolitik – Leben in einer digitalen Gesellschaft
- 23 • Innerverbandliche + gesellschaftliche Gleichstellungspolitik
- 24

25 LAK „Bildung und Soziales“

- 26
- 27 • Begleitung des Landesbildungskonventes
- 28 • frühkindliche Bildung, Schulpolitik, Hochschulpolitik (in Zusammenarbeit mit den
29 Juso-Hochschulgruppen)
- 30 • (aus-)bildungsbegleitende Einrichtungen sowie Aus- und Weiterbildung
- 31 • Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit und Jugenddelinquenz
- 32 • Generationengerechtigkeit und Integration
- 33 • Familien- und Rentenpolitik
- 34 • Gesundheitspolitik
- 35

36 LAK „Gegen Rechtsextremismus“

- 37
- 38 • Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung
- 39 • Weiterführung des Projekts „Endstation rechts“
- 40 • Entwicklung wirksamer Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus
- 41

42 LAK „Ökonomie & Ökologie“

- 43
- 44 • Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie
- 45 • Wirtschafts-, Arbeitsmarktpolitik und Globalisierung
- 46 • Demografie und Stadtumbau
- 47 • Erschließung und Nutzung regenerativer Energien
- 48 • Umweltstandards auf Landesebene
- 49 • Verkehrsinfrastruktur und Zukunft des ÖPNV
- 50

1 Die Landesarbeitskreise werden bis spätestens Ende Juli 2010 auf einer Sitzung
2 konstituiert, die der Landesvorstand vorbereitet, einberuft und durchführt. Auf dieser
3 Zusammenkunft benennen die konstituierten Arbeitskreise einige Projekte oder Ziele, die
4 in den kommenden zwei Jahren in Angriff genommen werden sollen.

5 Sie treten regelmäßig zusammen und wählen aus den eigenen Reihen einen Koordinator,
6 der zu Sitzungen einlädt und die Arbeit des jeweiligen Landesarbeitskreises strukturiert.
7 Bei Bedarf können sich die Landesarbeitskreise einen Stellvertreter des Koordinators
8 wählen.

9
10 Jeder Landesarbeitskreis ist verpflichtet, zu den Landesdelegiertenkonferenzen schriftlich
11 oder mündlich Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen. In ihrem inhaltlichen Wirken
12 sind die Landesarbeitskreise als wichtige Säule unseres Landesverbandes weitgehend
13 eigenständig.

14
15 Zur Absicherung der Arbeit unseres Landesverbandes führen die Landesarbeitskreise pro
16 Kalenderjahr mindestens ein Seminar oder Seminarwochenende durch. Bei der
17 Organisation und Durchführung kann der Landesvorstand um Hilfe gebeten werden,
18 grundsätzlich erfolgt die Seminararbeit aber selbstständig und zwanglos.

19 20 d) Die Juso-Hochschulgruppen

21
22 Eine wichtige Zielgruppe für die Sozialdemokratie sind die Studierenden an den
23 Hochschulen. Die Juso-Hochschulgruppen sind als Projektgruppen des Juso-
24 Landesverbandes die einzig legitime Vertretung der Jusos und der Sozialdemokratie an
25 den Hochschulen. Sie sensibilisieren die Studierenden für die Arbeit und die Organisation
26 der Jusos und der SPD. Sie tragen zur Mitgliederwerbung bei, organisieren
27 Öffentlichkeitsarbeit und betreiben in der studentischen Selbstverwaltung und in den
28 Verwaltungsgremien der Hochschulen sozialdemokratische Politik. Das
29 Landeskoordinatorentreffen der Hochschulgruppen entsendet einen Vertreter in den Juso-
30 Landesvorstand. Dieser nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des
31 Landesvorstandes teil und hat Antrags- und Rederecht.

32 33 e) Juso-Schüler

34
35 Die Juso-Schüler-Gruppen sind ein zusätzliches Mitwirkungsangebot für alle Schüler und
36 Auszubildenden bei den Jusos. Sie tragen die Vorstellungen und Anliegen der
37 SchülerInnenenschaft in unseren Verband und damit den politischen Raum hinein.

38
39 Um dem Verdacht zu entgehen, bei den Jusos handele es sich um eine Vereinigung von
40 angehenden und gestandenen Akademikern, sind alle Kreis- und Stadtverbände sowie die
41 Schüler-Gruppen aufgerufen eigene Aktionen zur Gewinnung von Neumitgliedern gerade
42 unter den Schülern und Auszubildenden zu organisieren. Hierfür sind eine lebendige
43 Öffentlichkeitsarbeit und eine verstärkte inhaltliche Arbeit unbedingt erforderlich. Der
44 Jugendbeauftragte des Landesvorstands unterstützt diesbezüglich organisatorisch und
45 koordiniert zwischen den Gruppen-Sprechern.

46
47 Zur Verstärkung der inhaltlichen Arbeit sollen Seminare angeboten werden und jährlich ein
48 LandesschülerInnen-Kongress stattfinden. Dann werden Anträge für die LDK beraten und
49 verabschiedet, zudem wird ein Vertreter für den Juso-Landesvorstand gewählt, welcher
50 dem Landesvorstand mit beratender Funktion angehört.

51
52

IV. Innerverbandliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Als unser zentrales Kommunikationsmedium wird in den kommenden beiden Jahren die neu gestaltete Homepage fungieren. Auf ihr finden alle Interessierten regelmäßig Presse- und Terminankündigungen, Einladungen zu Veranstaltungen und wesentliche Kontaktdaten zu den Amts- und Funktionsträgern unter uns.

Ergänzt wird die Homepage durch regelmäßige Mails informatorischen Charakters, die der Referent für Organisation versendet. Anlass- und bedarfsbezogen erhalten die Mitglieder beziehungsweise die Vorsitzenden der Kreis- und Stadtverbände zudem elektronische Post der/des Landesvorsitzenden. Diskussionen, die unsere Landesverbandsarbeit in sozialen Netzwerken – wie etwa unseren Gruppen bei facebook und studivz – begleiten und gegebenenfalls kritisch kommentieren, sind im Rahmen üblicher Höflichkeits- und Umgangsformen ausdrücklich erwünscht.

Grundsätzlich gilt allerdings die Maxime, dass hinsichtlich gewünschter Informationen auch eine Holschuld seitens aktiver Jusos besteht, weswegen die für bestimmte Inhalte und Arbeitsfelder Gewählten oder Benannten jederzeit gern auch für individuelle Ansprache und Rückfragen zur Verfügung stehen.

V. Der Kampf geht weiter – die Jusos und das neue Jahrzehnt

Für uns Jusos steht eine nachhaltige Politik im Vordergrund. Dabei geht es nicht nur um zukünftige

Generationen, sondern um unsere Zukunft. In den kommenden Jahre brauchen wir, gerade vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Mittel und der unabdingbaren Aufgabe, das Sozialsystem und unsere Bildungslandschaft zukunftsfest zu reformieren und neu zu ordnen, eine entscheidungsfreudige, mutig handelnde und sich den Herausforderungen stellende Berufspolitik. Die Jusos Sachsen-Anhalt sind bereit, ihren Beitrag dazu mit Rat und Tat zu leisten – als Mitglieder der SPD und ihres für größere Aufgaben häufig noch „übenden“ Parteinachwuchses gleichermaßen. Es wird nicht genügen, wenn auf diesem Weg nur die in Ämter und Funktionen Gewählten unter uns ihren Beitrag zu leisten bereit sind. Jeder von uns muss sich fragen, bevor wir zur Abstimmung über dieses Arbeitsprogramm schreiten: Bin ich bereit, dass hier Vorliegende offensiv zu vertreten – egal, ob im Ortsverein, beim Sport, in der Öffentlichkeit, im Freundes- und Bekanntenkreis? Denn nur dann kann es uns gelingen, unserem großen Ziel gemeinsam näher zu kommen: einem modernen, chancen- und lastengerechten, zukunftsfähigen Land Sachsen-Anhalt in einer Bildungsrepublik Deutschland, beginnend mit der Regierungsbeteiligung der SPD Sachsen-Anhalt 2011.

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: B1
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4 und Juso-Kreisverband Saalekreis
5
6 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt und Sozialministerium
7 Sachsen-Anhalt
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
10

11 **Betreuungsschlüssel für Erzieher/innen**

12
13 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass der Betreuungsschlüssel für
14 Erzieher/innen in unseren Kindertageseinrichtungen in der Hinsicht überarbeitet wird, dass
15 sich dieser nicht mehr nur an der Zahl der zu betreuenden Kinder orientiert, sondern an
16 den dem Förderbedarf der einzelnen Kinder sowie allen weiteren Aufgaben und
17 Tätigkeiten neben der Betreuung der Kinder mit berücksichtigt werden. Es sollte daher
18 überlegt werden, dass die Bemessung der Arbeitszeit ähnlich wie bei den Lehrern in
19 Vorbereitungszeit und Betreuungszeit gesplittert wird.
20

21 Begründung:

22
23 Nach §21 des Kinderförderungsgesetz Sachsen- Anhalts ist die Zahl der Erzieher/innen
24 nach der Anzahl der zu betreuenden Kinder festgelegt. Hierbei wird aber nicht
25 berücksichtigt, dass neben der Betreuung der Kinder, die schon vielfältige Aufgaben wie
26 das Durchführen des Bildungsprogramms „Bildung Elementar“, die besondere Förderung
27 einzelner Kinder beinhaltet und viele andere Aufgaben von den Erzieher/innen bewältigt
28 werden müssen, welche sie zurzeit meist nach ihrer regulären Arbeitszeit erledigen.
29 Hierzu gehören unter anderem das Führen eines Portfolio für jedes Kind, die Vor-,
30 Nachbereitung und Durchführung von Elterngesprächen und Elternabenden, demnächst
31 eine 100-stündige Fortbildung zum Thema „Bildung Elementar“ und die Durchführung der
32 Sprachstandsfeststellung.
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B2
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4 und Juso-Kreisverband Saalekreis
5
6 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt und Sozialministerium
7 Sachsen-Anhalt
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
10

11 **Studie zur Sprachstandsfeststellung**
12

13 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung eine
14 Studie in Auftrag gibt, welche die Ergebnisse der ersten landesweiten
15 Sprachstandsfeststellung in den Kindertagesstätten unseres Landes vergleicht und
16 auswertet.
17

18 **Begründung:**
19

20 Im letzten Quartal des Jahres 2009 wurden alle Kinder im Alter von 4 Jahren in den
21 Kindertagesstätten einer Sprachstandsfeststellung unterzogen. Hierbei waren die
22 Ergebnisse von Einrichtung zu Einrichtung sehr unterschiedlich.
23 Eine landesweite Auswertung könnte uns ähnlich wie die PISA- Studie für die Schulen die
24 Stärken und Schwächen unseres vorschulischen Betreuungssystems im Bezug auf den
25 Spracherwerb aufzeigen. Natürlich müssen die Schlussfolgerungen dann auch in
26 Regierungshandeln münden.
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: B3
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4 und Juso-Kreisverband Saalekreis
5
6 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt und Sozialministerium
7 Sachsen-Anhalt
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10
11 **Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung auch an Grundschule übermitteln**

12
13 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung eine
14 Richtlinie bzw. Regelung erarbeitet, welche es ermöglicht die Ergebnisse der
15 Sprachstandsfeststellung des jeweiligen Kindes auch seiner zukünftigen Grundschule zur
16 Verfügung zu stellen.

17
18 **Begründung:**

19
20 Zurzeit werden die Ergebnisse der Sprachstandfeststellung nur den Eltern mitgeteilt und
21 alle Unterlagen mit Verlassen des Kindes der Kindertageseinrichtung vernichtet. Für eine
22 bessere Vorbereitung der zukünftigen Lehrer der jeweiligen Kinder auf deren individuelles
23 Sprachniveau wäre es vorteilhaft, die Ergebnisse auch den Grundschulen zur Verfügung
24 zustellen.

25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
Weitergeleitet an:

1 Antrag: B4
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Paritätische Besetzung der Gesamtkonferenzen an Schulen**

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Gesamtkonferenzen an
12 den Schulen in Sachsen-Anhalt in Zukunft in gleicher Anzahl durch Lehrer, Eltern und
13 Schüler besetzt werden.
14

15 **Begründung:**

16
17 Die Gesamtkonferenz einer Schule stellt in Sachsen-Anhalt das höchste
18 Beschlussgremium dar. Doch obwohl sie es vermag, entscheidende
19 Grundsatzentscheidungen bezüglich des Schulalltages zu treffen, entsenden die Schüler,
20 also die Menschen, die durch die Beschlüsse am meisten tangiert werden, nur $\frac{1}{4}$ der
21 Mitglieder der Gesamtkonferenz.
22 Folglich haben die Schülerinnen und Schüler zum einen eine geringere Chance, ihre
23 Anliegen und Wünsche einzubringen und zum anderen können sie ebendiesen nicht mit
24 den nötigen Stimmen innerhalb des Gremiums Nachdruck verleihen, obwohl sie die
25 zahlenmäßig größte Gruppe innerhalb der Schule sind.
26 Hinzukommt, dass man bei der verpflichtenden Schulprogrammarbeit die gleichberechtigte
27 Mitarbeit von Eltern, Schülern und Lehrern voraussetzt. Also warum sollten
28 gleichberechtigte Handlungspartner nicht auch zu gleichen Teilen in dem höchsten
29 Entscheidungsgremium der Schule vertreten sein?
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: B5
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Patenschaftsprojekt in der Sekundarstufe I einführen**

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass zukünftig in der Sekundarstufe
12 I ein Patenschaftsprojekt eingeführt wird.
13 Zum Zweck ebenjenes Projektes erhalten interessierte Schüler der neunten
14 Jahrgangsstufe der Sekundarschulen oder Gymnasien in Sachsen-Anhalt die Patenschaft
15 für je eine fünfte Klasse.
16 Im Rahmen des Projektes sollen die vier bis fünf Schüler, die je eine Klasse betreuen vor
17 allem als Ansprechpartner bei Eingewöhnungsproblemen in der neuen Schulumgebung
18 dienen.
19 Das Projekt endet mit dem Ende des ersten Schuljahres der Sekundarstufe I und ist auf
20 den Zeugnissen der Paten zu vermerken.
21

22 **Begründung:**

23
24 Das Patenschaftsprojekt stellt ein Konzept dar, von dem sowohl die Patenkinder als auch
25 die Paten profitieren können.
26 Für Schüler, die von der Grundschule auf eine weiterführende Schule wechseln, stellt
27 ebendieser Schulwechsel oft Probleme dar. Nicht zu unterschätzen sind hierbei die, nicht
28 zu unterschätzenden Eingewöhnungsprobleme. Die Schüler gelangen von ihrem
29 gewohnten Umfeld und ihrem Freundeskreis in ein völlig neues Umfeld, in dem sie noch
30 nicht verankert sind. Besonders in diesem Fall stellen die Paten einen festen Bezugspunkt
31 in der noch neuen Umgebung dar. Im Zuge der Umstellung sind bisweilen auch erste
32 schulische Probleme möglich, die sich in den meisten Fällen durch einen
33 Erfahrungsaustausch mit den Paten beheben lassen.
34 Die älteren Schüler können mit Hilfe des Projektes wichtige soziale Kompetenzen
35 erlernen. Erstmals erhalten sie die Verantwortung für jüngere Mitschüler. Sie haben so die
36 Möglichkeit, zu erlernen, wie man mit den Problemen anderer Schüler umgeht und
37 gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten sucht. Dadurch wird vor allem das
38 Verantwortungsbewusstsein jener Jugendlichen geschult, die entweder kurz vor dem
39 Schulabschluss oder der Sekundarstufe II stehen.
40 Auch nach der Einführung des längeren gemeinsamen Lernens macht die Durchführung
41 eines solchen Projektes Sinn, da die Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I
42 einer Umgewöhnung durch den erweiterten Fächerkanon ausgesetzt sind.
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: B6
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt und Sozialministerium
6 Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Portfolios den Grundschulen zur Verfügung stellen**

11
12 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung eine
13 Richtlinie bzw. Regelung erarbeitet, welche es ermöglicht, dass die Portfolios der
14 einzelnen Kinder spätestens ein halbes Jahr vor der Einschulung der entsprechenden
15 Grundschule zur Verfügung gestellt werden.
16

17 **Begründung:**

18
19 Die Portfolios, welche in den KiTas angelegt werden, zeigen die individuelle Entwicklung
20 jedes Kindes in allen wichtigen Bereichen auf. Wenn nun die zukünftigen Klassenlehrer
21 diese Beurteilungen lesen dürften, könnten sie ihren Unterricht in der ersten Klasse so
22 planen und gestalten, dass sie jedes Kind „von dort abholen, wo es steht.“ Eine
23 individuelle Förderung vom ersten Schultag an könnte so gewährleistet werden.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: B7
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Schülerentscheide ermöglichen**

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass in den Schulen des
12 Bundeslandes Sachsen-Anhalt zukünftig ab der Sekundarstufe I Schülerentscheide
13 möglich sind. Themen, über die im Rahmen eines Schülerentscheides abgestimmt werden
14 soll, müssen zuerst bei der Schülervvertretung eingereicht werden. Wird der Antrag durch
15 die Mehrheit der Schülervvertretung unterstützt, so ist ein Schülerentscheid legitimiert und
16 muss durchgeführt werden. Über den Abstimmungszeitraum verfügt die Schülervvertretung
17 und setzt die Schulleitung über diesen in Kenntnis. Ein Schülerentscheid ist erfolgreich,
18 wenn, wie auch bei Volksentscheiden in Sachsen-Anhalt, mindestens 20 % der
19 abstimmungsberechtigten Schüler ihre Stimme abgegeben haben und eine absolute
20 Mehrheit erreicht wurde. Nach Beschluss per Schülerentscheid muss der Antrag durch die
21 Gesamtkonferenz der Schule behandelt werden.

22 23 **Begründung:**

24
25 Schulen sollen Schülern nicht nur Wissen vermitteln, sondern sie vielmehr auch zu
26 mündigen Demokraten erziehen. Um ebenjene demokratische Erziehung zu
27 gewährleisten, muss die Demokratie allerdings auch direkt in den Schulalltag integriert
28 werden. Aus diesem Grund ist es auch unabdingbar, Instrumente der direkten Demokratie
29 an Schulen zu installieren.
30 Die beste Möglichkeit, um mit direkter Demokratie vertraut zu werden ist,
31 Schülerentscheide zu ermöglichen bei denen die Schüler lernen, Initiative zu ergreifen,
32 sich eine Meinung zu bilden und diese mit ihrem Votum auch zu vertreten.
33 Ein Schülerentscheid stellt im Rahmen des Schulalltages eine Möglichkeit dar, um
34 wichtige Themen zu entscheiden, ist jedoch ein erster Schritt, um junge Menschen bereits
35 von der Schulbank an zu demokratischen Bürgern zu erziehen.
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B8
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand, SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt, AfB Sachsen-Anhalt und Fachausschuss
7 Wissenschaft
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Anerkennung dualer Studiengänge**

11
12
13 Abschlüsse dualer Studiengänge aus Sachsen-Anhalt müssen staatlich anerkannt werden
14 und zu einem Weiterstudium berechtigen.

15 **Begründung:**

16
17
18 Ein System dualer Studiengänge kann nur funktionieren, wenn nicht nur der Abschluss
19 von Fachhochschulen, sondern auch der von Berufsakademien staatlich anerkannt wird.
20 Duale Studiengänge müssen daher wie z.B. in Sachsen staatlich anerkannt werden und
21 zu einem Weiterstudium z.B. in einem Master-Studiengang an einer Hochschule in
22 Sachsen-Anhalt qualifizieren.
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B9

2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle

4
5 Weiterleitung an: Juso-Landesvorstand

6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8
9 **Deutsch-Polnischer Austausch unter dem Thema „Studieren mit Bologna“ initiieren**

10
11 Der Vorstand der Jusos Sachsen-Anhalt wird beauftragt Finanzierungsmöglichkeiten für
12 folgendes Projekt zu prüfen:

13
14 Es soll ein Austausch zwischen den Juso-Hochschulgruppen und StudentInnen aus der
15 Sozialdemokratischen Partei Polens (SDPL) zum Thema „Studieren mit Bologna“ initiiert
16 werden. Es wird angestrebt, dass zunächst zehn Juso-Mitglieder sowie zehn Mitglieder
17 der SDPL an diesem Austausch teilnehmen.

18
19 Die Sozialdemokratische Hochschulgruppe Halle legt dem Juso-Landesvorstand bei
20 positivem Beschluss dieses Antrags durch die Juso-Landesdelegiertenkonferenz ein
21 entsprechendes Rahmenkonzept vor.

22
23 **Begründung:**

24
25 Die Umstrukturierung der Studiengänge auf das BA/MA-System ist in Polen schon sehr
26 früh und z. T. recht umfassend (etwa 50 % aller Studierenden an nichtstaatlichen und etwa
27 ein Drittel an den staatlichen Hochschulen), noch vor dem offiziellen Beginn des Bologna-
28 Prozesses, durchgeführt worden. Für Polen bedeutete die Zweistufigkeit vorrangig eine
29 Transformation der ehemals einheitlichen fünfjährigen Magisterstudiengänge in eine
30 zweistufige Struktur. Diese Prozesse wurden in Deutschland erst später und übereilt
31 umgesetzt, sodass die Reform im Chaos endete.

32
33 Ein Austausch zwischen deutschen und polnischen Studenten könnte verschiedene
34 Veranstaltungen zur Verbesserung des Hochschulwesens in Deutschland und Polen unter
35 folgenden Fragestellungen anstoßen:

- 36
37 - Wie läuft das BA/MA-Studium in Deutschland und Polen ab?
38 - Übergangsregelungen von BA zu MA
39 - Zulassungsvoraussetzungen und -beschränkungen
40 - Akkreditierungsverfahren
41 - Inhaltlicher Umfang der Studiengänge
42 - Finanzierung des Studiums und des Hochschulwesens
43 Europaweites Studium

44
45
46
47
48
49
50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B10

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress und SPD-Fraktion im
6 Landtag Sachsen-Anhalt

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Bafög ausbauen statt Nationalem Stipendienprogramm**

11

12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, den Etat, den die Bundesregierung für das geplante
13 Nationale Stipendienprogramm eingeplant hat, stattdessen für eine konsequente
14 Erhöhung und Ausweitung des Bafögs zu verwenden.

15 Eckpunkteprogramm DGB: <http://www.einblick.dgb.de/2010/e07/e7s5.htm/>

16

17 **Begründung:**

18

19 Anstelle der von der Bundesregierung geplanten Erhöhung des Büchergeldes für
20 Stipendiaten der Begabtenförderungswerke auf 300 Euro und des geplanten „Nationale
21 Stipendienprogramms“ brauchen wir eine Förderung für ALLE Studenten und
22 Auszubildenden.

23 Trotz der letzten kleinen Bafög-Erhöhung ermöglicht das Bafög nicht allen Studenten und
24 Auszubildenden, die es bräuchten, eine finanzielle Unterstützung. Das liegt vor allem an
25 den teilweise mangelhaften Berechnungsgrundlagen und Freibetragsgrenzen.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: B11
2
3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen-Anhalt, SPD-Bundestagsfraktion und
7 Juso-Bundeskongress
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Berufliche Bildung sichern, stärken und zukunftsfähig gestalten**

11
12
13 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass die duale berufliche Bildung gesichert, gestärkt
14 und zukunftsfähig gestaltet wird. Die Innovations- und Produktionsstärke in Deutschland
15 ansässiger Unternehmen basiert nicht zuletzt auf einer gut ausgebildeten
16 Facharbeiterschaft. Gerade in Zeiten des immer schneller werdenden technologischen
17 Wandels kommt der Qualität der beruflichen Erstausbildung eine immer bedeutendere
18 Rolle zu, ermöglicht sie doch Zukunftschancen sowie Teilhabe von jungen Menschen.
19 Gleichzeitig sichert sie die Qualität und Innovationsfähigkeit von Belegschaften.
20 Grundstein hierfür ist das duale Ausbildungssystem mit den Lernorten Betrieb und Schule,
21 welches sich durch die hohe Prozess- und Handlungsorientierung auszeichnet und so erst
22 den Startschuss für Lebenslanges Lernen ermöglicht.

23 Angesichts der demografischen Herausforderungen des absehbaren Knowhow- Verlustes
24 in den Betrieben, der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten aufgrund der
25 Verwehrung beruflicher Erstausbildung und der Herausforderungen in der Qualität der
26 beruflichen Erstausbildung, ist es unabdingbar sich dem Reformbedarf zu stellen. Ziel
27 sollte es sein, dass die duale berufliche Ausbildung weiterhin ein wichtiger Faktor in den
28 Bildungsverläufen der Facharbeiterschaft bleibt. Daher sprechen sich die Jusos Sachsen-
29 Anhalt klar für das duale Ausbildungssystem aus und fordert alle zuständigen Gremien der
30 SPD auf aktiv den hierfür benötigten Reformprozess mitzugestalten.

31 Dabei sollten folgende Leitlinien beachtet werden:

32 **Erhaltung des Berufsprinzips**

33
34
35 Dies beinhaltet, dass ein kompletter Ausbildungsvertrag über mindestens drei Jahre mit
36 einem oder mehreren Unternehmen von Beginn an geschlossen wird, der vereinbart, dass
37 alle notwendigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse der Beruflichkeit garantiert
38 werden. Sie umfasst damit mehr, als nur das pure Ansammeln von Einzelfertigkeiten.
39

40 **Keine Verankerung von einzelprüfbaren Modulen im Erstausbildungssystem**

41
42 Der Atomisierung von Ausbildungsordnungen in Modulen ist entschieden zu begegnen.
43 Um einem jungen Menschen eine qualifizierte Zukunftsperspektive zu sichern, ist es
44 unerlässlich sich weiter für mind. dreijährige Ausbildungsordnungen einzusetzen, die eine
45 Vielfalt an späteren Einsatzmöglichkeiten bieten, Planbarkeit in der Ausbildung für den
46 Auszubildenden schaffen und Qualität in der Ausbildung sichern. Flexibilisierungen, wie
47 die Wahlqualifikationen in den naturwissenschaftlichen Berufen, können dabei als
48 sinnvolle Maßnahmen genutzt werden.

49 Die bereits durchgeführten Projekte im Rahmen von „Jobstarter Connect“ mit
50 Ausbildungsbausteinen für Altbewerber sollten kritisch begleitet und evaluiert werden.
51

Verlängerung anstatt Verkürzung von Ausbildungszeiten für lernschwächere Auszubildende

Anstatt 2-jähriger Berufe sollen die Möglichkeiten einer Verlängerung der Ausbildungszeit bzw. die Streckung von Ausbildungsverläufen geprüft werden. Dies kann und sollte einhergehen mit einer intensiveren Betreuung der Auszubildenden. Des Weiteren sollte der Gebrauch von unternehmensinternem Stützunterricht – zum Auffangen der befürchteten Theorieprobleme – stärker propagiert werden.

Veränderung des berufsbezogenen Übergangssystems

Programme wie „Start in den Beruf“ machen es vor. Stark in die betrieblichen Abläufe eingebundene Maßnahmen sorgen für eine höhere Motivation der Beteiligten, weil sie theoretisches Wissen praxisnah erlernen und sich gleichzeitig in betrieblichen Abläufen und Strukturen bewegen.

Studienberechtigung nach Abschluss einer mindestens 3-jährigen Ausbildung

Eine abgeschlossene 3 jährige Ausbildung muss den Zugang zu einem fachbezogenen Hochschulstudium ermöglichen. Die Kompetenzen und Fertigkeiten, die in der Ausbildung erlernt werden, müssen dabei angerechnet werden können. Hierfür müssen die maßgebenden Stellen und die Universitäten gewonnen werden, ihre Curricula auf die Kompetenzen und Bedürfnisse dieser Absolventen eingehen und ggf. Anpassungen anbieten.

Stärkung der Lernorte

Der Lernort Betrieb bildet den Kern der dualen Ausbildung. Hier werden die praxisbezogenen Kompetenzen vermittelt und von den Auszubildenden erlernt. Gerade handlungs- und prozessorientierte Kompetenzen sind in einer modernen Arbeitswelt unabdingbar. Eine rein schulische Ausbildung kann dies nicht leisten. Daher muss die Bedeutung des Lernortes Betrieb gestärkt und insbesondere im Hinblick auf die europäischen Debatte besser kommuniziert werden.

Dabei ist zu betonen, dass nur im Zusammenspiel der Lernorte eine qualitativ hochwertige Ausbildung möglich ist. Die Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden gute Ausbildung leisten zu können. Dafür bedarf es mehr finanzieller Mittel, einheitlicher Länderregelungen, besserer Weiterbildungsbedingungen für Lehrer und stärkerer Kooperationen mit den Unternehmen.

Starke Verankerung in Europa

Das Duale Ausbildungssystem ist eine Minderheitenlösung in der beruflichen Erstausbildung innerhalb der Europäischen Union. Daher bedarf es des aktiven Beistands aller beteiligten Gremien sei es nun auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder staatlicher Seite, um eine systematische Unterbewertung der dualen Ausbildung im Europäischen Qualifikationsrahmen zu verhindern. Um das Ziel eines durchlässigen Bildungsraums zu realisieren, ist es aus Sicht der Jusos Sachsen-Anhalt unbedingt erforderlich, dass nicht der Lernort (z.B. Hochschule), sondern die Kompetenz des Einzelnen über seine Einstufung im Qualifikationsrahmen entscheidet. Die einzelnen Stufen des Deutschen sowie des Europäischen Qualifikationsrahmens müssen deshalb zugangsoffen für jeden sein, der über die benötigten Kompetenzen verfügt.

1 **Qualitative Verbesserung des Ausbildungspersonals**

2
3 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass Ausbilder und Ausbildungsbeauftragte
4 turnusmäßig Fortbildungen durchlaufen können. Für diese Fortbildungen sind die
5 Ausbilder bezahlt freizustellen und die Kosten sind durch die Unternehmen zu tragen. Für
6 Berufsschullehrer müssen die Bedingungen der Weiterbildung verbessert werden und ein
7 interessantes Weiterbildungsangebot muss ausgebaut werden.

8 9 **Begründung:**

10
11 Der amerikanische Soziologe Richard Sennett hat in einem Interview mit der
12 Süddeutschen Zeitung im September 2008 die Stärke der deutschen Wirtschaft in ihrem
13 Ausbildungssystem begründet. Dabei sagte er: „Die deutschen Arbeitnehmer sind besser
14 ausgebildet. Deutschland exportiert Hightech-Maschinen in die ganze Welt, das System
15 der Lehrlingsausbildung ist ausgezeichnet“. Das

16 duale Berufsausbildungssystem in Deutschland zeichnet sich durch einen hohen
17 Qualitätsstand seiner Ausbildung und die Innovationskraft seiner angehenden
18 Facharbeiter/-innen aus. Der Erhalt einer guten Ausbildung und eines hohen
19 Kenntnisstandes ist unabdingbar. Die immer komplexer werdenden Anforderungen an die
20 Ausbildung erzeugen dabei schon allein einen hohen Anpassungsbedarf auf Seiten der
21 Ausbildungsordnungen und Weiterbildungsbedarf auf Seiten der Akteure im Dualen
22 System, den Ausbildern und Ausbildungsbeauftragten, den Mitgliedern in
23 Prüfungsausschüssen und den Berufsschullehrern. Neben diesen beständigen
24 Veränderungsprozessen steht das Duale System aber noch anderen Herausforderungen
25 gegenüber, denn so intakt wie Richard Sennett das duale System beschrieben hat, ist es
26 nicht. Die relativ guten Ausbildungsmarktzahlen des Jahres 2008 dürfen nicht darüber
27 hinwegtäuschen, dass sich auf der quantitativen Seite immer noch Jahr für Jahr mehr
28 Bewerber als Ausbildungsplätze gegenüberstehen. Dieses starke Gefälle zwischen
29 Ausbildungsplatzsuchenden und freien Ausbildungsplätzen führt zu einem hohen
30 Selektionsdruck, welcher für eine beständig steigende Zahl von Jugendlichen in
31 Übergangsmaßnahmen sorgt. In Maßnahmen also, die auf den Eintritt in die Ausbildung
32 vorbereiten sollen und dass, obwohl viele von diesen Jugendlichen bereits über
33 qualifizierende Schulabschlüsse verfügen. Die eigentliche Aufgabe der Dualen
34 Ausbildung, nämlich die Mehrzahl der Schulabsolventen auf die Berufstätigkeit
35 vorzubereiten kann diese so nicht mehr wahrnehmen.

36 Auf der anderen Seite sinkt die Zahl der Bewerber für einen Ausbildungsplatz stärker als
37 die Zahl der Schulabgänger, was zum einen die Zahlen von 2008 relativiert, zum anderen
38 aber auf einen Attraktivitätsverlust der dualen Ausbildung hindeutet. Der
39 Attraktivitätsverlust stellt sich an der oberen Schwelle dadurch dar, dass
40 Weiterbildungsmöglichkeiten in den Hochschulbereich systematisch verbaut sind. An der
41 unteren Schwelle gelangen immer mehr Jugendliche durch den Selektionsdruck in
42 Übergangsmaßnahmen und bleiben dort im schlimmsten Fall auch über Jahre, da eine
43 Vermittlung in die Duale Ausbildung aufgrund des Selektionsdrucks stark erschwert ist.
44 Das Übergangssystem, also das System an der Schwelle in die duale Ausbildung nimmt
45 seine Aufgabe der Unterstützung der jungen Menschen auf den Weg in die duale
46 Ausbildung nur ungenügend wahr. Es erscheint eher als handele es sich bei diesem
47 System um systematisierte Warteschleifen. Der hohe
48 Selektionsdruck trifft vor allem die sozial Schwachen. Migranten und
49 Hauptschulabsolventen sind besonders in den Warteschleifen zu finden, obwohl sie über
50 qualifizierende Abschlüsse verfügen.

51 Nebenbei hat sich in den laufenden Jahren ein Wirrwarr von unterschiedlichsten
52 Programmen mit den unterschiedlichsten Zielgruppen, aber auch Förderstrukturen sowie

1 finanziellen Unterstützungsleistungen entwickelt. Oft erscheint es purer Zufall in welche
2 Maßnahme die Betroffenen geschickt werden. Bei einem dringend benötigten Umbau
3 muss aber zwischen zwei Teilbereichen unterschieden werden. Dem Bereich der
4 nachträglichen schulischen Qualifikation und dem der betrieblichen Vorbereitung.
5 Während die schulische Nachqualifikation einen bedeutenden Beitrag für die
6 Durchlässigkeit von Bildungsverläufen darstellt und erhalten werden sollte besteht
7 Veränderungsbedarf bei den betrieblichen Vorbereitungskursen. Aufgrund der allgemein
8 frustrierenden Lage angesichts der dritten oder vierten Warteschleife sinkt natürlich das
9 Vertrauen
10 der Bewerber in die eigene Leistung und in die des Übergangssystems sowie die
11 Leistungsbereitschaft. Frust macht sich breit in diesem System zu versauern, daher dürfen
12 auch die schlechten Weitermittlungszahlen nicht verwundern. Ein betriebliches
13 Übergangssystem muss auch einen betrieblichen Hintergrund haben um die betrieblichen
14 Handlungsfähigkeiten darstellen und in einem praxisnahen Umfeld umsetzen zu können.
15 Dabei sollten auch klare Perspektiven aufgezeigt werden, um Anreize für die jungen
16 Menschen zu setzen. Die nächste Gruppe der Ausselektierten sind die Jugendliche mit
17 besonderem Förderbedarf, da infolge der Ausdünnung des Ausbildungspersonals oft nicht
18 die Zeit bleibt, sich speziell um die Problemfälle in der Ausbildung zu kümmern. Diese
19 Jugendlichen brauchen einfach oft mehr Zeit sich an die betrieblichen Strukturen und ihre
20 Abläufe zu gewöhnen. In aktuellen Anforderungsprofilen von jungen Facharbeitern und
21 Facharbeiterinnen fallen immer wieder die Worte „Denken in Prozesslinien“ und
22 „Handlungsorientierung in der Ausbildung“. Diese zwei Kernkompetenzen, die in einer
23 modernen Arbeitswelt immer mehr Bedeutung gewinnen, sind in einer 2-jährigen
24 theoriegeminderten Ausbildung nicht abzudecken. So kommt es, dass eine Ausbildung die
25 Zukunftschancen aufbauen
26 soll, Türen verschließt. Eine Streckung der Ausbildungszeiten würde ihnen helfen sich
27 langsam dem Ziel der Abschlussprüfung zu nähern. Der Betrieb hingegen gewinnt nach
28 erfolgreicher Prüfung dadurch motivierte Mitarbeiter, gerade in Zeiten da in
29 Produktionsprozessen über Fachkräftemangel im Zuge demografischer Entwicklung
30 geklagt wird ein nicht zu unterschätzendes Moment. Als Lösung für die
31 Ausbildungsplatzmisere wird immer wieder das Schlagwort Modularisierung thematisiert.
32 Der vermeintlich gewonnenen Flexibilität und dem vermeintlichen Gewinn an potenziellen
33 Ausbildungsplätzen steht neben dem Verlust an Planbarkeit und Sicherheit, den ein
34 dreijähriger Vertrag für einen jungen Menschen bietet, auch ein möglicher Qualitätsverlust
35 in der Ausbildung gegenüber. Durch die Aufsplitterung von Ausbildungsordnungen werden
36 Möglichkeiten geschaffen nur betrieblich passgenaue und/oder theorieverminderte bzw.
37 verkürzte Ausbildungen anzubieten, in dem nur Verträge für die Module
38 angeboten/abgeschlossen werden, die von speziellem betrieblichen Interesse sind.
39 Beruflichkeit wird dabei nicht diskutiert. Dabei ist die Beruflichkeit der Kern jeder dualen
40 Erstausbildung, der Schlüssel für die mögliche Teilhabe des Facharbeiters, der
41 Facharbeiterin an der Arbeitswelt, aber auch an der Gesellschaft. Einzel geleistete und
42 abgeprüfte Ausbildungsmodule können allein und in ihrer Addition dieses nicht darstellen.
43 Für eine qualitativ hochwertige Ausbildung ist qualifiziertes Fachpersonal unverzichtbar,
44 denn eine qualitativ bessere Ausbildung kann nur dann umgesetzt werden, wenn dem
45 Ausbildungspotenzial das notwendige Rüstzeug bereitsteht, die zu erlernenden
46 Kompetenzen auch bestmöglich vermitteln zu können. Die
47 Wiedereinführung der AEVO im Jahr 2009 trägt diesem Umstand schon Rechnung, geht
48 aber nicht weit genug. Um alle Möglichkeiten der Fortbildung zu nutzen, muss jeder
49 Arbeitnehmer die Chance erhalten, an außerbetrieblichen Maßnahmen teilzunehmen.
50 Neben den JAVen und Betriebsräte, die betriebliche Rahmenbedingungen schaffen
51 können, sollte die SPD verstärkt mit den Sozialpartnern in Kontakt treten. Denn nur gut
52 geschultes Ausbildungspersonal, nur gut geschulte Mitglieder in Prüfungsausschüssen

1 und nur mit Hilfe von sich am Puls der betrieblichen Realität befindlichen Lehrern an den
2 Berufsschulen ist eine qualitativ hochwertige Ausbildung leistbar. Eine gute Ausbildung ist
3 nur dann gelungen, wenn die erlernten Kompetenzen in der Berufstätigkeit angewendet
4 werden können. Daher sind Übernahmeregelungen durch die Tarifvertragsparteien fester
5 Bestandteil eines ganzheitlichen und nachhaltigen Ausbildungskonzeptes. Die duale
6 berufliche Erstausbildung steht all diesen skizzierten Herausforderungen gegenüber. Ein
7 Erhalt des Status quo wäre zu kurz gegriffen. Das Ausbildungssystem von heute soll nicht
8 nur den Arbeitsmarkt von morgen ausbilden, sondern gleichzeitig jedem seiner
9 Absolventen das Rüstzeug für die Beteiligung
10 an der Arbeitswelt und der Gesellschaft mitgeben. Damit morgen das mitgegebene
11 Rüstzeug noch reicht und der Arbeitsmarkt offen für alle ist, muss das heutige
12 Bildungswesen reformiert werden. Nur so lässt sich das duale Bildungssystem sichern,
13 stärken und zukunftsfähig gestalten!

14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: B12
2
3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Bildung besser machen**

11
12 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, gleiche Bildungschancen in einem
13 föderalen System durch bundesweite einheitliche Mindeststandards zu verwirklichen, um
14 allen gleiche Startchancen und Bedingungen zu ermöglichen. Wir bleiben bei unserer
15 grundsätzlichen Forderung, dass Bildung Bundessache werden muss, da die
16 unterschiedlichen Bildungssysteme der Bundesländer den insgesamt notwendigen
17 Veränderungsprozess vor zusätzliche große Herausforderungen stellen. Eine bundesweit
18 einheitliche Ausrichtung des Bildungswesens ist unter der Bedingung föderaler Strukturen
19 nur sehr schwer erreichbar. Andererseits gibt es in vielen Bundesländern und Kommunen
20 bereits viele beispielhafte Projekte die zeigen, wie die derzeitige Misere zu beenden wäre.
21 Dies wollen wir unterstützen und vorantreiben, da durch die Förderalismusreform I keine
22 politischen Mehrheiten für eine Rückgängigmachung in Sicht ist (Kultusminister,
23 Bundestag, Bundesrat). Für uns ist daher entscheidend, dass sich die Kultusministerien
24 auf eine Gesamtkonzeption verständigen, die auf dem echten Willen zur Herstellung
25 gleicher Bildungschancen in Deutschland beruht. Dies kann auch über bundesweite
26 einheitliche Mindeststandards geschehen. Um gleiche Chancen auf Bildung für alle jungen
27 Menschen zu schaffen, sind gleiche Startbedingungen unverzichtbar.
28 Dies setzt bedarfsgerechte Kapazitäten und einen freien Zugang zu allen Bildungsebenen
29 (Kinderkrippe, Kindergarten, Vorschule, Schule, Hochschule) voraus. Für die Schaffung
30 gleicher Bildungschancen ist die Gesamtbetrachtung der Bildungsbiographie notwendig.
31 Ergänzend und notwendig bleibt dabei die individuelle altersgerechte Betreuung durch
32 qualifiziertes Personal und kostenlose Lehr- und Lernmittel.
33 Die vorschulische Bildung ist in den ersten 3 Lebensjahren sehr stark gekoppelt an die
34 elterliche Erziehung. Daher müssen alle Erziehungsberechtigten sich auf ein gutes und
35 bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für ihre Kinder verlassen können. Diese Betreuung
36 darf nicht abhängig vom jeweiligen Geldbeutel sein. Alle Eltern bleiben aber auch in der
37 erzieherischen Pflicht, da kein System den Erziehungsauftrag der Eltern ersetzen kann
38 und soll. Wir fordern eine Elternqualifikation nach finnischem Vorbild, in der Eltern gezielt
39 auf die ihnen bevorstehenden Herausforderungen der Kindererziehung vorbereitet
40 werden. Als Anreiz diese Kurse auch anzunehmen könnte man eine Willkommensbox mit
41 Materialien verschenken, die für die ersten Wochen und Monate hilfreich sind. Dieses
42 Modell wird in Nordrhein Westfalen in einigen Gebieten schon erfolgreich durchgeführt.
43 Bei der Betreuung und in der frühkindlichen (vorschulischen) Bildung muss die natürliche
44 Entwicklung des Kindes im Vordergrund stehen: Kinder sollen Kinder bleiben. Dadurch soll
45 die individuelle Betreuung des Kindes, die individuelle Spracherziehung, das spielerische
46 altersgerechte Lernen und das spielerische Erlangen von sozialen Kompetenzen bereits
47 frühzeitig ermöglicht werden.
48 Dabei muss die Integration von Migranten wie auch die Integration von Behinderten,
49 abhängig vom Grad der Behinderung, im vollen Umfang gewährleistet sein! Auch hier
50 gilt unser Grundsatz: „Jeder kommt mit, wir lassen keinen zurück“ Deshalb müssen die
51 Kinderkrippen und Kindergärten altersgerecht mit entsprechenden Räumlichkeiten und
52 Einrichtungsgegenständen ausgestattet sein. Wir fordern eine Kindergartenpflicht ab dem

1 3. Lebensjahr. Dabei ist die Zuteilung von Plätzen individuell mit den Eltern abzustimmen.
2 Die Kindergartenpflicht entbindet die Erziehungsberechtigten nicht von ihrer
3 erzieherischen Verantwortung, sondern dient dem Ziel, dass alle Kinder mit den gleichen
4 Voraussetzungen in die Schulpflicht starten.
5 Wir fordern die Aufhebung der Selektierung im deutschen Schulsystem. Sie stellt das
6 größte Hemmnis in der Entwicklung und Förderung der Kinder und Jugendlichen dar.
7 Ganztägige Gemeinschaftsschulen bieten gute Chancen die Selektion abzuschaffen und
8 die Durchlässigkeit nach oben zu erhöhen. In den ersten fünf Schuljahren sind am
9 Nachmittag spezielle Lerneinheiten der individuellen Förderung vorbehalten. Ab der 7.
10 Klasse sind regelmäßige Berufs- und Studienberatungen vorgesehen. Das dient der
11 frühzeitigen Information von SchülerInnen über die jeweiligen Ausbildungsmöglichkeiten in
12 der Region und im Bundesgebiet insgesamt. Des Weiteren sollen zur Unterstützung der
13 Berufswahl ab der 7. Klasse Betriebspraktika - zweimal 4 Wochen pro Schuljahr -
14 eingeführt werden. In der Studienberatung sollen Anforderungen im Studium und
15 Berufschancen nach einem erfolgreichen Abschluss aufgezeigt werden. Verbunden mit
16 den Berufsberatungen sollen die SchülerInnen mit gezieltem Bewerbungstraining auf ihre
17 berufliche Zukunft vorbereitet werden. Wir lehnen jedwede Art von Selektierung in der
18 Schule bis zur Erlangung der mittleren Reife ab. Dazu muss jeder Bildungsabschluss eine
19 Weiterbildungsoption eröffnen (Durchlässigkeit). Wir sprechen uns uneingeschränkt gegen
20 Studiengebühren aus. Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und
21 bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem innerhalb der
22 deutschen Hochschulen, sondern verschärfen die Krise des gesamten Bildungssystems.
23 Des Weiteren muss die moderne fach- und sachgerechte Ausstattung von
24 Bildungseinrichtungen gewährleistet sowie die kontinuierliche Weiterqualifizierung der
25 pädagogischen Fachkraft verpflichtend eingeführt werden.

26 27 **Begründung:**

28
29 Bildung ist die soziale Frage dieses Jahrhunderts. Für uns ist Bildung mehr als nur eine
30 Vorbereitung auf den späteren Beruf. Bildung erklärt Sachverhalte, zeigt Zusammenhänge
31 auf und ist die zentrale Voraussetzung dafür, zwischen richtig und falsch unterscheiden zu
32 können. Eine fundierte Meinung kann man sich nicht ungebildet bilden! Bildung sorgt für
33 die Weiterentwicklung moralischer und intellektueller Fähigkeiten, für gesellschaftlichen
34 und technischen Fortschritt und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Für uns ist
35 Bildung ein Fundament für Lebensqualität. Ohne dieses breite Verständnis besteht die
36 Gefahr, dass sich andere mit einer eher ökonomischen Betrachtung von Bildung
37 durchsetzen und dass der Grundsatz „Durchrechnen und Aussortieren“ zum Grundsatz an
38 den Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten wird. Das wollen wir nicht.

39 Die derzeitige Einstufung in Haupt-, Realschule und Gymnasien ist bei einer
40 konsequenten Umsetzung der vorschulischen Bildung nicht mehr notwendig. Mit der
41 Abschaffung der drei getrennten Schulformen werden stärkere SchülerInnen keineswegs
42 in ihrer Entwicklung gebremst. Ihnen bietet sich vielmehr weiterhin die Möglichkeit, durch
43 individuelle Förderung ihre Leistungsfähigkeit auszubauen. Dieses Prinzip soll für alle
44 Schüler gelten. Ein gemeinschaftliches Schulsystem (Ganztagsschule) ermöglicht, die
45 Schere zwischen schwächeren und stärkeren SchülerInnen zu schließen. Keiner verliert,
46 sondern alle lernen mehr und besser. Es darf keinen Abschluss geben, der in einer
47 Bildungssackgasse endet.

48 Wer nach seiner schulischen Laufbahn den Weg einer akademischen Ausbildung gehen
49 möchte, darf nicht durch Studiengebühren dadurch abgehalten werden. Eine schrittweise
50 Privatisierung von zuvor öffentlich finanzierten Bildungskosten beseitigt alle derzeitigen
51 Chancen auf Bildungsgerechtigkeit. Alle zurzeit vorhandenen Modelle von

1 Studiengebühren laufen lediglich auf eine strukturelle Individualisierung der
2 Chancengleichheit hinaus.
3 Zu einem Umbau des Bildungssystem gehört auch ein Umdenken in der Qualifizierung
4 und Weiterbildung der betroffenen Fachkräfte (Pädagogen, Erzieher, Lehrer, Professoren
5 etc.) Zum einem müssen die Fachkräfte für die oben genannten Anforderungen
6 entsprechend praxisnah ausgebildet werden. Um gute Bildung zu vermitteln, bedarf es
7 zusätzlich einer fach- und sachgerechten Ausstattung der Bildungseinrichtungen sowie die
8 kostenlose Zurverfügungstellung von Lehr- und Lernmaterialien.
9 Wer Bildung als notwendige Grundlage für die Teilhabe am gesamten gesellschaftlichen
10 Leben versteht, kann die Fragen nach Finanzierung der oben genannten Forderungen
11 nicht mit den Verweisen auf leere öffentliche Kassen und einem lapidaren „zu teuer“ vom
12 Tisch wischen. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Chancen schaffendes
13 Bildungssystem auf größte gesellschaftliche Zustimmung stößt und dadurch eine
14 Verteilung von notwendigen Mitteln politisch durchsetzbar ist.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: B13

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion; Juso-Bundeskongress und SPD-
6 Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Bildungsföderalismus gehört der Vergangenheit an**

11

12 Die Jusos Sachsen-Anhalt rufen die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
13 Landtagsfraktion dazu auf, sich für die Abschaffung des Bildungsföderalismus zugunsten
14 einer über alle Bundesländer besser koordinierten und auf die Bedürfnisse aller Kinder,
15 Schüler und Studenten angepassten kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis
16 zur Hochschule/Universität hin, einzusetzen.

17

18 **Begründung:** erfolgt mündlich

19

20 Notizen während der Debatte:

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: B14

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion; Juso-Bundeskongress und SPD-Fraktion im
6 Landtag Sachsen-Anhalt

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Büchergeld für alle Studenten und Auszubildenden**

11

12 Anstelle einer Förderung ausschließlich von Stipendiaten fordern die Jusos Sachsen-
13 Anhalt, ein monatliches Büchergeld für alle Studenten in angemessener Höhe (ca. 20 – 30
14 Euro) zu ermöglichen. Dieses Büchergeld soll in Form von Gutscheinen über die jeweils
15 zuständigen Studentenwerke zur Verfügung gestellt werden, um eine Zweckbindung zu
16 gewährleisten. Des Weiteren sollen die Bedürfnisse von Auszubildenden bezüglich
17 benötigter Fachliteratur denen der Studenten in entsprechendem Umfang angeglichen
18 werden.

19

20 **Begründung:**

21

22 Anstelle der von der Bundesregierung geplanten Erhöhung des Büchergeldes für
23 Stipendiaten der Begabtenförderungswerke auf 300 Euro und des geplanten „Nationalen
24 Stipendienprogramms“ brauchen wir eine Förderung für ALLE Studenten und
25 Auszubildenden.

26 Die Bewerbungsschwellen bei Stiftungen sind oft hoch und die Struktur der Geförderten
27 spiegelt eher die Elite als die Gesellschaft wieder. Und auch das Bafög ermöglicht nicht
28 allen Studenten und Auszubildenden, die es bräuchten, eine finanzielle Unterstützung.

29 Nicht nur Stipendiaten sind auf eine finanzielle Unterstützung und eine gute Versorgung
30 mit entsprechender Fachliteratur angewiesen, sondern viel mehr alle Studenten und
31 Auszubildenden. Hier soll Gleichberechtigung geschaffen werden.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: B15
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Nein zum Betreuungsgeld von Schwarz-Gelb, Ja zu mehr frühkindlicher Bildung**
11

12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass statt der geplanten Einführung eines
13 Betreuungsgeldes für Kinder unter 36 Monaten das Geld in den Ausbau und die
14 Qualitätsverbesserung bei der frühkindlichen Bildung gesteckt wird.
15

16 **Begründung:**
17

18 Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat die Einführung eines Betreuungsgeldes für
19 Kinder unter 36 Monaten ab dem Jahr 2013 in Aussicht gestellt. Eltern, die keine öffentlich
20 geförderte Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen, soll ein Einkommenstransfer – das
21 Betreuungsgeld – gezahlt werden. Argumentiert wird, dass der Wunsch, die Kinder in
22 jüngerem Alter selbst zu erziehen, in gleichem Maß staatlich gefördert werden soll wie die
23 öffentliche Kinderbetreuung.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: B16

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen-Anhalt und Hochschulrektorenkonferenz

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Vereinheitlichung der Bewerbungs- und Zulassungsfristen für die Bachelor- und**
11 **Masterstudiengänge**

12

13 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass die Fristen für Bachelor/Master-bewerbungen und
14 Bachelor/Masterzulassungen vereinheitlicht werden.

15

16 **Begründung:**

17

18 Jeder Bachelor-Student soll das Recht auf einen Masterplatz haben. Da dieses Ziel
19 momentan noch nicht verwirklicht ist, müssen wir versuchen, die Bedingungen für den
20 Masterzugang zu erleichtern.

21 In den vergangenen Semestern ist die Zahl der angebotenen Masterstudiengänge stetig
22 angestiegen. Damit wuchs aber gleichzeitig auch die Anzahl der verschiedenen
23 Bewerbungsfristen. Zwischen dem 1. Februar bis zum 15. August findet man an jeder
24 Universität oder sogar für jeden Masterstudiengang einen anderen Stichtag. Abgesehen
25 von der Verwirrung, die dadurch geschaffen wird, entstehen auch ganz praktische
26 Probleme für Studenten und Universitäten. Bei den Mastern mit sehr früher
27 Bewerbungsfrist treffen auch die Zu- oder Absagen sehr früh ein. Meist noch bevor man
28 sich auf einen anderen Master überhaupt bewerben konnte. Das führt zu
29 Doppeleinschreibungen oder dazu, dass sich Studenten für den „sicheren“ statt für den
30 bevorzugten Master entscheiden.

31 Dieses Einschreibechaos kann nur durch eine Vereinheitlichung der Bewerbungsfristen
32 verhindert werden. Dabei darf aber für die Zulassung eine abgegebene Bachelorarbeit
33 kein Kriterium sein, da auch für die Anmeldung und Einreichung der Bachelorarbeiten
34 jeder Studiengang eigene Regeln hat. Und wenn durch den Bologna-Prozess ein
35 schnelleres Studium ermöglicht werden soll, dann dürfen nachgereichte Abschlussarbeiten
36 keine Hürde für ein Masterstudium darstellen.

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
Weitergeleitet an:

1 Antrag: B17
2
3 Antragssteller: Juso-Hochschulgruppenkoordination
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Sicherung der Hochschulfinanzierung**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern für den nächsten Doppelhaushalt eine
12 aufgabenorientierte Budgetzuweisung. Diese soll alle finanziellen Mittel umfassen, welche
13 für die Umsetzung der von Land und Hochschulen gemeinsam erarbeiteten
14 Zielvereinbarungen erforderlich sind. Diese Zielvereinbarungen sind des Weiteren von
15 Land und Hochschulen einzuhalten. Die Einführung jedweder Kriterienkataloge zur
16 Mittelverteilung zwischen den Hochschulen darf, wenn überhaupt, nur für zusätzliche
17 Gelder gelten.
18

19 **Begründung:**

20
21 Die Bildung, so auch die universitäre Bildung, muss in Sachsen-Anhalt sichergestellt
22 werden. Seit Jahren werden den Hochschulen aber die Finanzmittel gekürzt. Die
23 Strukturen an den Hochschulen wurden in den letzten Jahren dahingehend geändert, dass
24 sie trotz geringerer finanzieller Mittel eine stabile Ausbildung und Forschung sichern. Die
25 letzten Zielvereinbarungen wurden von den Hochschulen eingehalten und meist sogar
26 mehr erbracht als notwendig, das Land Sachsen-Anhalt zahlte aber dennoch nicht die
27 vereinbarten und zur Grundsicherung notwendigen Gelder.

28 Unsere Hochschulen und Universitäten arbeiten bereits am Existenzminimum. Eine
29 weitere Kürzung der Gelder, welche für viele Hochschulen auch durch die Einführung
30 eines Indikatoren Systems gegeben wäre, würde nicht nur die Qualität der Lehre und die
31 Anzahl der ausgebildeten Studenten beeinträchtigen, sondern ganze Fachbereiche vor
32 das aus stellen.
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: B18
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Sozialministerium
6 Sachsen-Anhalt, Bundessozialministerium, SPD-Bundestagsfraktion
7 und Juso-Bundeskongress
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Kindergarten-Pflicht für alle**

11
12
13 Migrantenkinder und Kinder aus sozial schwachen Familien gehen seltener in
14 Kindergärten als gleichaltrige deutsche Kinder aus mittleren und gehobeneren Bildungs-
15 und Lebensverhältnissen. Zudem haben in Sachsen-Anhalt und anderen Bundesländern
16 Kinder von Erwerbsarbeitslosen, wie auch Eltern in der Erziehungszeit keinen Anspruch
17 auf einen Volltagsplatz in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Jusos Sachsen-Anhalt
18 fordern daher eine bundesweite, kostenfreie verbindliche Vorschulerziehung für alle 3 bis
19 6 jährigen Kinder.
20

21 **Begründung:**

22
23 Durch frühkindliche Bildung wird der Grundstein für spätere Lern- und Leistungserfolge
24 und für soziale Kompetenzen gelegt. Sprache, Lernvermögen und Sozialverhalten
25 entwickeln Kinder vor allem in Situationen der Interaktion mit Gleichaltrigen bzw. in
26 Gruppen. Insbesondere Kinder aus sozial schwachen und benachteiligten Familien mit
27 nachweislich geringeren Integrations- und Bildungshintergründen sollten durch
28 frühkindliche Elementarbildung und Vorschulerziehung eine bessere Chance für ihr
29 weiteres Leben bekommen. Daher ist der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für
30 alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder erforderlich.
31 Der Besuch des Kindergartens vermittelt den Kindern wichtige Bildungsangebote in einem
32 für Bildung offenen Alter und erleichtert damit nicht nur ihre Integration, sondern ist
33 gleichzeitig die Grundlage für die Chancengleichheit von Kindern insbesondere aus
34 bildungsfernen Familien.
35 Um den Zugang zu Kindergarteneinrichtungen und die Chancengleichheit bezogen auf
36 Bildungsmöglichkeiten allen Kindern der BRD garantieren zu können ist die
37 Gebührenfreiheit der Kindergärten unerlässlich.
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: B19
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Salzlandkreis
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub**

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, über eine Novellierung des Bildungsfrei-
12 stellungsgesetzes zu beraten mit dem Ziel, dass der Anspruch auf Bildungsurlaub für
13 Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt von fünf auf zehn Tage jährlich ausgeweitet wird.
14 Gleiches soll für Auszubildende und Studenten gelten, die einem Unternehmen länger als
15 sechs Monate angehören.

16
17 **Begründung:**

18 Es wird immer wichtiger für Arbeitnehmer, Auszubildende und Studenten, sich innerhalb
19 ihres Arbeitslebens fortzubilden. Dafür müssen wir Sozialdemokraten die
20 Rahmenbedingungen für die Beschäftigten schaffen
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: IAK1

2

3 Antragssteller: Juso-Landesvorstand

4

5 Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundetag,
6 SPD-Landesparteitag

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Demokratie stärken – politisches Desinteresse bekämpfen – Erscheinungspflicht im**
11 **Wahllokal einführen**

12

13 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einführung einer Erscheinungspflicht im Wahllokal
14 für alle wahlberechtigten Bundesbürger bei Wahlen aller politischen Ebenen. Diese soll
15 jedoch nicht die Pflicht der Stimmabgabe mit einbeziehen.

16

17 **Begründung:**

18

19 Wählen ist das einfachste und wichtigste Mittel für den Bürger, auf das politische
20 Geschehen Einfluss zu nehmen. Doch leider zeichnet sich in den letzten Jahren in
21 Deutschland ein beunruhigender Trend zur Wahlenthaltung ab. Die sinkenden
22 Wahlbeteiligungen sind ein Problem für die Demokratie. Die Frage ist, was man gegen
23 dieses Phänomen tun kann. Eine mögliche Lösung ist eine Erscheinungspflicht im
24 Wahllokal.

25

26 **Sinkende Wahlbeteiligungen**

27 Der Wahlakt entscheidet in Demokratien über Regierungen und die Wähler können hier
28 direkt als „Souverän“ agieren. Doch bei den letzten Wahlen blieb ein Großteil der Bürger
29 zu Hause, beispielsweise lag die Wahlbeteiligung bei der Europawahl bei 42%. Das war
30 für deutsche Verhältnisse ein ungewohnt niedriges Niveau. Denn im Vergleich zu anderen
31 westlichen Demokratien hat Deutschland traditionell eine sehr hohe Wahlbeteiligung
32 aufzuweisen. Bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2005 lagen die Wahlbeteiligungen
33 durchschnittlich bei 85,0%; also rund 4% höher als in den anderen demokratischen
34 Mitgliedsstaaten der OECD. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine repräsentative
35 Demokratie und Repräsentation bedeutet „Herrschaft mit Zustimmung des Volkes“. Da
36 aber in den letzten Jahren die Wahlbeteiligung rapide abgenommen hat, ist diese
37 Repräsentation gefährdet. Die so genannte „Partei der Nichtwähler“ ist also ein ernst zu
38 nehmendes Problem der Demokratie.

39

40 **Folgen der sinkenden Wahlbeteiligungen für die Demokratie**

41 Zum einen kann die Nichtbeteiligung einer Vielzahl von Menschen am demokratischen
42 Mittel der Wahl zu einer „Destabilisierung des Systems führen“. Denn neue, starke
43 Bewegungen mit den geeigneten Parolen und Köpfen können unter Umständen die
44 Gruppen, die sich dem System entfremdet haben, für sich gewinnen und erstarben.
45 Indizien hierfür kann man auch an den aktuellen Wahlerfolgen der rechten Parteien sehen.
46 Die niedrigen Wahlbeteiligungen führen zu einer „Delegitimierung“ der Parteien bzw. des
47 gesamten politischen Systems. Denn Wählen ist für viele keine Selbstverständlichkeit
48 mehr und diese Tatsache führt noch zu weiteren bedenklichen Folgen für das
49 demokratische System. Besonders wichtig ist hierbei die Gleichheit der Wahl, die verloren
50 geht, wenn nur noch wenige Leute wählen gehen. Oft wird eine geringere Wahlbeteiligung
51 bei nicht so privilegierten Bürgern festgestellt. Also sind die Wähler, die über zukünftige
52 Regierungen und politische Programme entscheiden, eher gut gebildet und finanziell

1 besser gestellt. Damit verzerrt eine geringe Wahlbeteiligung die Gleichheit der
2 Repräsentation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

3 4 **Argumente für die Einführung einer Erscheinungspflicht im Wahllokal in** 5 **Deutschland**

6 Argumente für die Einführung einer Erscheinungspflicht im Wahllokal sind vielfältig.
7 Besonders schwer wiegen hier die dann steigenden Wahlbeteiligungen. Sogar bei den
8 Wahlen zum EU-Parlament, die sonst sehr geringe Wahlbeteiligungen aufweisen, haben
9 Länder mit Erscheinungspflicht im Wahllokal hohe Wahlbeteiligungen. Ein weiterer Vorteil
10 ist die gleiche Repräsentation bei allgemeiner Erscheinungspflicht im Wahllokal, da auch
11 eher unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen vertreten sind, die sonst laut Umfragen
12 weniger wählen gehen würden. Die Erhöhung der Wahlbeteiligung kann mit der
13 Erscheinungspflicht im Wahllokal auch eine stärkere Partizipation in anderen politischen
14 Bereichen erzeugen. Vermutlich wäre ein weiterer Aspekt der Erscheinungspflicht im
15 Wahllokal die vermehrte Beschäftigung mit Politik. Denn wenn die Bürger gezwungen
16 wären im Wahllokal zu erscheinen, müssten sie sich ja automatisch damit beschäftigen,
17 wen sie wählen. Und deshalb könnte auch das Interesse am politischen Geschehen
18 allgemein steigen. Wenn man die Erscheinungspflicht im Wahllokal mit anderen Pflichten
19 wie zum Beispiel das Zahlen von Steuern, die Gurtpflicht, den Militärdienst oder die
20 Schulpflicht vergleicht, erscheint Wählen als sehr geringer Aufwand. Besonders positiv für
21 die Erscheinungspflicht im Wahllokal spricht, dass sie in den Ländern, die sie in der einen
22 oder anderen Form eingeführt haben (z. B. Belgien, Australien, Niederlande), auch trotz
23 geringer Strafen und laxer Durchsetzung erfolgreich ist. An dieser Stelle soll noch einmal
24 die „staatbürgerliche Pflicht“ in den Vordergrund gerückt werden. Das Wählen ist eine
25 Verantwortung, die der Bürger unbedingt wahrnehmen sollte und die eine Vielzahl von
26 ihnen bereits wahrnimmt. Die Erscheinungspflicht im Wahllokal kann also dazu beitragen,
27 dass diese Verantwortung von allen Bürgern gleichermaßen verwirklicht wird. Außerdem
28 ist es wichtig, bei der Diskussion zu beachten, dass wir nicht von einer Wahlpflicht im
29 wörtlichen Sinne sprechen. Denn da demokratische Wahlen immer auch geheime Wahlen
30 sind, kann kein Wähler gezwungen werden, tatsächlich zu wählen. Der Zwang kann
31 höchstens darin bestehen, im Wahllokal zu erscheinen. Aber das Recht, einen leeren oder
32 ungültigen oder keinen Wahlzettel abzugeben, steht jedem Wähler immer zu.

33 34 **Mögliche Umsetzung der Einführung der Erscheinungspflicht im Wahllokal**

35 In Deutschland regeln neben Wahlgesetzen die Wahlrechtsgrundsätze allgemein, geheim,
36 unmittelbar, gleich und frei die Wahlen zum Bundestag im Grundgesetz, Artikel 38. Der
37 Grundsatz, der für die Erscheinungspflicht im Wahllokal von Bedeutung ist, ist der der
38 freien Wahl. „Die Stimme wird frei von staatlichen Zwängen oder sonstiger unzulässiger
39 Beeinflussung abgegeben. Niemand wird wegen seiner Wahlentscheidung benachteiligt.“
40 Hier wird die Erscheinungspflicht im Wahllokal nicht erwähnt. Das Prinzip der freien Wahl
41 beinhaltet zwar die negative Wahlfreiheit, also keine Wahlpflicht, und man könnte sie als
42 einen staatlichen Zwang deuten. Wenn man sich allerdings an die Erscheinungspflicht im
43 Wahllokal hält, dann steht der Wahlrechtsgrundsatz in keinem Gegensatz zu deren
44 Einführung. Denn die Entscheidung, tatsächlich zu wählen, bleibt weiterhin dem Wähler
45 überlassen. Da die näheren Bestimmungen der Wahlen nach Bundesgesetzen geregelt
46 werden, ist die Erscheinungspflicht im Wahllokal relativ einfach umzusetzen. Es ist ein
47 Beschluss des Bundestags und des Bundesrats nötig. Sollte dies geschehen, muss man
48 sich allerdings zuvor eine große Aufklärungskampagne starten und über Sinn und Zweck
49 der Erscheinungspflicht im Wahllokal informieren und sich auch über die anzuwendenden
50 Sanktionen bei Nichterscheinen klar werden. In der Bundesrepublik Deutschland sind
51 harte Strafen, wie etwa Gefängnisstrafen, nicht sinnvoll. Bleibt noch die Variante der
52 Geldstrafen, wie sie in den meisten Ländern mit Erscheinungspflicht im Wahllokal auch

1 angewandt wird. Also dass der Wähler nur die Pflicht hat, im Wahllokal zu erscheinen und
2 sich dann frei entscheiden kann, ob er wählt oder nicht. Wenn man die Wahlmöglichkeiten
3 nicht nutzen will, kann man entweder keinen oder einen leeren oder einen ungültigen
4 Wahlzettel abgeben. Bleibt die Frage nach der Höhe der Geldstrafe bei dem
5 Nichterscheinen im Wahllokal. Diese müsste von einer parteiunabhängigen Kommission
6 erarbeitet werden. Angewandt werden sollte diese Sanktion auch nur stichprobenartig und
7 bei wiederholtem Nichterscheinen. Man sollte mehr auf die Ehrfurcht vor dem Gesetz
8 setzen, die bei den deutschen Bürgern stark verinnerlicht ist und sich bei einer gesetzlich
9 verankerten Erscheinungspflicht im Wahllokal positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken
10 würde. Diese Umsetzung muss flankiert werden von zahlreichen Maßnahmen der
11 politischen Bildung bereits in jungen Jahren, wie sie in verschiedenen Anträgen der Jusos
12 Sachsen-Anhalt bereits gefordert werden.

13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: IAK2
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis gegen Rechts über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Übername des Brandenburger Modell im Kampf gegen Rechtsextremismus**

10
11 Aufgrund der vielen rechtsextremen Vorfälle in den Neunzigern, hat die SPD-
12 Landesregierung von Brandenburg im Jahr 1998 das Konzept "Tolerantes Brandenburg"
13 für den Kampf gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Seitdem ist die Zahl
14 rechtsextremer Gewalttaten in Brandenburg rückläufig, die wehrhafte Demokratie wurde
15 gestärkt und rechtsextreme Parteien konnten nicht in die „Mitte der Gesellschaft“
16 vordringen.

17 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung Sachsen-Anhalt auf, auf der
18 Grundlage des Modells „Tolerantes Brandenburg“, das eigene Projekt „Hingucken und
19 Einmischen“ im Sinne einer „Best Practice Analyse“ fortzuentwickeln und anzupassen. Ziel
20 muss es sein, insbesondere die Jugendarbeit auf lokaler Ebene zu stärken und nachhaltig
21 das Engagement für die Freiheitliche Demokratische Grundordnung und Toleranz zu
22 fördern.

23 24 **Begründung:**

25
26 Rechtsextremismus wird besonders in Ostdeutschland als Problem wahrgenommen. Das
27 Land Brandenburg ist mit diesem Problem offen umgegangen und hat es nicht wie
28 anderswo in Ostdeutschland relativiert oder geleugnet.

29 Seit der Einführung von „Tolerantes Brandenburg“ gehen Polizei und Staatsanwaltschaft
30 konsequenter gegen rechte Gewalttäter vor. Für den Jugendbereich und die politischen
31 Erwachsenenbildung wurden angemessene Angebot zur politischen Bildung geschaffen. Zur
32 Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit wurde ein umfangreiches Stellenprogramm
33 geschaffen und Lokale und regionale Aktionsbündnisse haben den Austausch von
34 Erfahrungen gestärkt

35 Da Sachsen-Anhalt ähnliche gesellschaftliche Strukturen und Probleme wie Brandenburg hat,
36 ist die Übernahme eines funktionierenden Konzeptes sinnvoll.

37 Zum besseren Vorstellung der einzelnen Maßnahmen des Modells „Tolerantes
38 Brandenburg“, sei hiermit auf das Handlungskonzept der Landesregierung Brandenburgs
39 verwiesen. Verfügbar unter: [http://www.tolerantes.brandenburg.de](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf)
40 /media_fast/5791/Handlungskonzept.pdf, (Stand: 09.Mai 2010)

41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: IAK3
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis gegen Rechts über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt, SPD-
6 Landesvorstand, SPD-Bundesverband und SPD-Bundestagsfraktion
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Verfassungstreue Schornsteinfeger**

11
12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Bundes- und Landesregierung auf, verpflichtende
13 eidesstattliche Erklärung der Verfassungstreue von Bezirksschornsteinfegern gesetzlich
14 zu verankern.

15 **Begründung:**

16
17
18 Da ein Bezirksschornsteinfeger gesetzlich Zugang zu allen Wohn- und Geschäftsräumen
19 hat ist eine Verpflichtung zur Verfassungstreue sinnvoll. Es ist für Personen die zu
20 Feindbildern der Rechtsextremisten gehören, wie Demokraten, Migranten, Homosexuelle,
21 Juden, Muslime und anderen nicht zuzumuten Personen mit offener rechtsextremer
22 Einstellung in ihre Privatwohnung zu lassen. Im aktuellen Fall Lutz Battke, der für die NPD
23 im Kreistag vom Burgenland und im Stadtrat von Laucha an der Unstrut sitzt, wird diese
24 Problematik deutlich. Dieser hat das staatlich legitimierte Recht über das
25 Ausbildungsmonopol in seinem Bezirk. Obwohl der Bezirksschornsteinfeger Teil der
26 öffentlichen Verwaltung ist, wurde der Entzug seines Kehrbezirks aufgrund der fehlenden
27 Verpflichtung zur Verfassungstreue revidiert.

28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
Weitergeleitet an:

1 Antrag: IAK4
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Änderung des Gesetzes zur Leiharbeit**
11

12 Streichung des Nebensatzes „ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen“ in
13 § 9 Abs. 2 AÜG zur Gleichbehandlung von Leiharbeitern.
14

15 **Begründung:**
16

17 Die Leiharbeit ist in Deutschland ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsmarktes geworden.
18 Zwar ist sein Anteil am Bestand der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nicht
19 hoch (ca. 2 %), für die Dynamik des Arbeitsmarktes ist dieser Sektor jedoch
20 ausschlaggebend (ca. 20 % von Neueinstellungen und Entlassungen).
21

22 Leiharbeit und die Arbeitnehmerüberlassung findet seine gesetzliche Regelung im
23 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Hier sind auch die Behandlung (Sicherheit,
24 Urlaubsanspruch, etc.) und Entlohnung geregelt. Obwohl das Gesetz die Prinzipien „equal
25 pay – equal treatment“ vorschreibt, können Leiharbeitnehmer schlechter bezahlen und
26 behandelt werden, als die Stammbeschaft – wie dies in der Praxis in der Regel leider
27 auch der Fall ist.
28

29 Dieser Missstand ist leicht zu beheben: Durch eine Streichung des Satzes „ein Tarifvertrag
30 kann abweichende Regelungen zulassen“ in § 9 Abs. 2 AÜG würde eine
31 Gleichbehandlung von Leiharbeitern ermöglichen, da Dumpingtarifverträge (insb. CGZP –
32 AMP) ungültig würden.
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: IAK5
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Stärkung des Subsidiaritätsprinzips bei den Mittelzuweisungen an Kommunen**
11

12 Um die Allokation staatlicher Investitionsmittel zu verbessern, sollen bei Haushalts- und
13 Mittelvergabe und –bindung durch einen Vertreter des Städte und Gemeindebundes und
14 des Landkreistages im Kabinett Mitsprachemöglichkeiten geschaffen werden.
15

16 **Begründung:**
17

18 Außer Frage steht, dass kommunale finanzielle Gestaltungsspielräume durch sinkende
19 Einnahmen auf der einen und starre Zweckbindung auf der anderen Seite eingeschränkt
20 sind.

21 Um diese Situation zu verändern hilft es nach Ansicht des LAK Ökonomie und Ökologie
22 wenig, die Zweckbindung generell aufzuheben, weil auch dadurch Gefahren von
23 Mittelverschwendung entstehen können, denn auch kommunale Entscheidungsträger sind
24 nicht immer frei von Eigeninteressen, was auch zu Fehlallokationen führen kann.

25 Stattdessen sollten die kommunalen Spitzenverbände ständige kooptierte Vertreter in das
26 Kabinett entsenden und – sofern dies noch nicht üblich ist – als kooptierte Mitglieder den
27 Sitzungen des Finanzausschusses beiwohnen, um direkt Einfluss auf die Mittelbindung zu
28 nehmen.

29 Wir erhoffen uns dadurch eine verbesserte Mittelvergabe ohne auf der anderen Seite die
30 Möglichkeit von Freifahrverhalten zu erhöhen.
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: IAK6
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Landesgruppe Ost im Deutschen
6 Bundestag
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Antrag zur Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen kriminelle Motorrad-**
11 **Rockerbanden**
12

13 Die SPD-Landesgruppe Ost im Deutschen Bundestag wird aufgefordert sich dafür
14 einzusetzen, dass gegen die Motorrad-Rockerbanden „Hells Angels“ und „Bandidos“ ein
15 Verbotsverfahren eingeleitet wird.
16

17 **Begründung:**
18

19 Nach Art und Häufigkeit der Straftaten lässt sich nicht zwischen Rockerbanden und
20 maffiösen Strukturen unterscheiden. Die Liste der Delikte reicht von Drogen- und
21 Waffenhandel über Zuhälterei und schwere Körperverletzung bis hin zu Mord. In letzter
22 Zeit gibt es auch immer häufiger gezielte Terroranschläge. Desweiteren gibt es
23 Verbindungen zu anderen kriminellen Vereinigungen und zur rechtsextremen Szene.
24

25 Bereits mehrfach wurden in Deutschland einzelne Untergruppen der Motorradclubs als
26 kriminelle Vereinigung oder nach dem Vereinsgesetz verboten (zuletzt 2009 die „Chicanos
27 MC Barnim“ aus Eberswalde, eine Untergruppe der Bandidos, u.a. wegen gefährlicher
28 Körperverletzung, Drogen- und illegalem Waffenbesitz, Nötigung und Verstoß gegen das
29 Kriegswaffenkontrollgesetz.). Diese Verbote erwiesen sich jedoch als weitgehend
30 wirkungslos, da immer wieder neue Vereine gegründet werden können solange die
31 Mutterorganisationen legal sind.
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: IAK7

2

3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle

4

5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Landesgruppe Ost im Deutschen
6 Bundestag

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Antrag zur Reformierung der KFZ-Steuer**

11

12 Die SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, sich für folgenden
13 Vorschlag zur Reformierung der KFZ-Steuer einzusetzen:

14

15 In Deutschland soll nach niederländischem Vorbild ein Kilometergeld die KFZ-Steuer
16 ersetzen. Die Höhe der Gebühr pro Kilometer soll nach dem CO₂-Ausstoß und Verbrauch
17 der Fahrzeuge gestaffelt werden. Der ÖPNV ist von dem Modell auszunehmen.

18

19 Ein festgelegter Teil der Einnahmen muss über die Länder und den Bund zweckgebunden
20 zur Subventionierung des ÖPNV und der Schieneninfrastruktur verwendet werden.

21

22 Die mittlere jährliche Gebühr sollte in etwa der derzeitigen mittleren KFZ-Steuer
23 entsprechen.

24

25 **Begründung:**

26

27 Das Kilometergeld ist gerechter als die derzeitige KFZ-Steuer. Wer Straßen und Umwelt
28 stärker belastet zahlt auch deutlich mehr. Da das Modell sowohl schadstoff- als auch
29 verbrauchsorientiert ist, erfüllt es eine Lenkungswirkung, die die Menschen sowohl zum
30 Kauf sparsamerer und umweltfreundlicherer Autos als auch zur Reduzierung ihrer
31 gefahrenen Kilometer bewegen soll. Dadurch wird einerseits die Umwelt geschont und
32 andererseits auch das Verkehrsaufkommen gesenkt. Der ÖPNV und der nicht-motorisierte
33 Individualverkehr werden gestärkt.

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: IAK8
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-
6 Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Ausweitung des Landtagswahlrechts**

11
12 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das aktive
13 Landtagswahlrecht in Sachsen-Anhalt auf alle Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet wird,
14 die das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihren (Haupt-)
15 Wohnsitz in Sachsen-Anhalt haben.
16

17 **Begründung:**

18
19 Die Kommunalwahlen haben gezeigt, dass Jugendliche von ihrem Wahlrecht
20 verantwortungsbewusst gebrauch machen. Gleichzeitig sind sie es, die am längsten von
21 den Entscheidungen betroffen sind, die heute getroffen werden.
22 Das Argument der nicht vorhandenen "Reife zur Wahl" greift nicht. Es ist immer eine
23 politische Entscheidung, wann eine Gesellschaft ihre Jugendlichen für reif genug hält, um
24 das Wahlrecht auszuüben. Zum Hinweis: die Koppelung an die Volljährigkeit ist nicht
25 zwangsläufig. 1970, als unter Willy Brandt das Wahlalter von 21 auf 18 herabgesetzt
26 wurde, folgte die Volljährigkeit mit 18 Jahren erst fünf Jahre später.
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: IAK9
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-
6 Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 Städtebaulichen Gestaltungsspielraum schaffen

11
12 Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert sich dafür
13 einzusetzen, dass die Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt derart geändert wird, dass
14 es den Kommunen wieder möglich ist, die Errichtung von Einfriedungen auf
15 Baugrundstücken zwingend vorzuschreiben, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung
16 und die Herstellung baulicher Geschlossenheit eines Straßenzuges dies erfordern. Die
17 entsprechende Änderung der Bauordnung aus dem Jahr 2005 ist dazu zurückzunehmen.
18

19 Begründung:

20
21 Auszug aus einer Stellungnahme der Verwaltung der Stadt Halle zu einem Antrag der
22 SPD-Stadtratsfraktion zur Gestaltung privater Parkplätze in Bebauungslücken: „Seit
23 einigen Jahren werden innerhalb der historischen Altstadt und der angrenzenden
24 Gründerzeitquartiere zunehmend Gebäude abgebrochen; auf den dann entstehenden
25 Baulücken werden häufig Parkplätze in sehr einfacher Gestaltung hergestellt. [...] Der
26 Abriss eines Gebäudes in einem Stadtquartier mit geschlossener Baustruktur stellt in der
27 Regel einen schwerwiegenden Eingriff in die Stadtstruktur dar. Bei Häufung vollzieht sich
28 schrittweise die Umwandlung des in sich geschlossenen Stadtbaukörpers in einen
29 perforierten Stadtbaukörper. Die nachfolgende Gestaltung der entstandenen Baulücken
30 entspricht häufig nicht einer städtebaulich wünschenswerten anspruchsvollen
31 Grundstücksgestalt. [...]“

32 „Derartige Eingriffe in die Stadtstruktur werden bei allen Strategien zur Gegensteuerung
33 [...] auch zukünftig nicht vollständig zu vermeiden sein. [...] Aus diesem Grund ist es
34 notwendig, Strategien zu entwickeln, die eine städtebaulich und stadtstrukturell
35 verträgliche Gestaltung der entstehenden Lücken soweit wie möglich sicher stellen. [...]“
36 Durch die Änderung der Bauordnung im Land Sachsen-Anhalt im Jahr 2005 ist es nicht
37 mehr möglich, die Errichtung von Einfriedungen zwingend vorzuschreiben. Die
38 diesbezüglich notwendige Ermächtigungsgrundlage für die Kommunen besteht nicht mehr.
39 Der Wegfall dieser landesrechtlichen Vorschrift ist unter anderem damit begründet
40 worden, dass hierdurch Investitionserleichterungen geschaffen werden sollten. Es ist aus
41 Sicht der Verwaltung nachhaltig zu bezweifeln, ob die bis 2005 bestehende Ermächtigung
42 nun tatsächlich ein Investitionshindernis dargestellt hat.“
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: IAK10

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-
6 Anhalt, SPD-Landesparteitag und Juso-Bundeskongress

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Schluss mit Prestigeprojekten bei der Deutschen Bahn AG – Investitionen in den**
11 **Personennahverkehr fordern und fördern**

12

13 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür
14 einzusetzen, dass der Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn AG endlich aufhört,
15 sinnlose Prestigeobjekte finanziell und politisch zu unterstützen und statt dessen, unter
16 anderem auf Grund des immer größeren Bedarfes im ÖPNV (öffentlicher
17 Personennahverkehr), aber auch im Güterverkehr, mehr Investitionen in den Ausbau und
18 die Instandhaltung dieser Strecken und der dafür benötigten Züge zu tätigen.

19

20 **Begründung:**

21

22 In Zeiten eines immer maroder werdenden Schienennetzes (insbesondere Langsam-
23 Fahrstellen, welche durch Einplanung in die Fahrpläne nicht mehr als solches
24 ausgewiesen werden müssen) und einem zunehmenden Umweltbewusstsein der
25 Bevölkerung müssen die Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen ausgebaut
26 werden, unter anderem auch, damit bspw. mehr Pendler in die Lage versetzt werden,
27 dieses öffentliche Verkehrsmittel, welches Teil der Daseinsvorsorge sein soll, diese für das
28 Zurücklegen ihres Arbeitsweges in angemessener Zeit in Anspruch zu nehmen.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: IAK11
2
3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleitung an: Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, Bundesparteitag und
6 SPD-Bundestagsfraktion
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Stärkere Nutzung der Grünpfeilregelung**

11
12 Wir fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, darauf hinzuwirken, dass Punkt XI. der
13 VwV zur StVO §37 Abs. 2 Nr. 1 wie folgt geändert wird:

14 Der erste Satz „Der Einsatz des Schildes mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund
15 (Grünpfeil) kommt nur in Betracht, wenn der Rechtsabbieger Fußgänger- und
16 Fahrzeugverkehr der freigegebenen Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen kann, um
17 die ihm auferlegten Sorgfaltspflichten zu erfüllen.“ ist zu streichen und durch folgenden zu
18 ersetzen:

19 „Das Schild mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund (Grünpfeil) soll eingesetzt werden,
20 wenn der Rechtsabbieger Fußgänger- und Fahrzeugverkehr der freigegebenen
21 Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen kann, um die ihm auferlegten Sorgfaltspflichten
22 zu erfüllen.“

23 Die dann in Folge aufgezählten Einschränkungen, die die Bedingungen definieren, unter
24 denen der Einsatz des Grünpfeils als gefährlich gilt, sollen erhalten bleiben.
25

26 **Begründung:**

27
28 Die Grünpfeilregelung hat sich seit 1978 bewährt. Sie führt zu einer Minderung der
29 Fahrtdauer und der Stauwahrscheinlichkeiten. 1992 wurde von der Bundesanstalt für
30 Straßenwesen (BASt) eine Studie durchgeführt, die zum Ergebnis kam, dass an
31 Kreuzungen mit Grünpfeilregelung Unfälle nicht häufiger oder schwerer sind als bei einer
32 konventionellen Ampelanlage. Es gab bis 1998 dazu noch vier weitere Untersuchungen
33 von der BASt, die zu ähnlichen Ergebnissen kamen. Die Änderung der VwV soll aus einer
34 restriktiv einschränkenden Regelung eine Soll-Bestimmung machen, für deren
35 Nichtanwendung Gründe anzubringen sind. Die Bedingungen (siehe unten), die den
36 Einsatz des Grünpfeils ausschließen, sollen alle bestehen bleiben, sodass der Grünpfeil
37 nur zum Einsatz kommt, wenn dadurch das Gefahrenpotenzial nicht erhöht wird. Im
38 Umkehrschluss soll er dann aber auch eingesetzt werden, wenn keine Erhöhung des
39 Gefahrenpotenzials bewirkt wird.

40 Derzeitige Fassung der VwV zur StVO §37 Abs. 2 Nr. 1 und 2 (Auszug) (kursives zu
41 ändern):
42

43 XI. Grünpfeil

44 1. *Der Einsatz des Schildes mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund (Grünpfeil) kommt*
45 *nur in Betracht*, wenn der Rechtsabbieger Fußgänger- und Fahrzeugverkehr der
46 freigegebenen Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen kann, um die ihm
47 auferlegten Sorgfaltspflichten zu erfüllen. Es darf nicht verwendet werden, wenn

48 a) dem entgegenkommenden Verkehr ein konfliktfreies Abbiegen nach links
49 signalisiert wird,

50 b) für den entgegenkommenden Linksabbieger der grüne Pfeil gemäß § 37 Abs.
51 2 Nr. 1 Satz 4 verwendet wird,

- 1 c) Pfeile in den für den Rechtsabbieger gültigen Lichtzeichen die Fahrtrichtung
2 vorschreiben,
3 d) beim Rechtsabbiegen Gleise von Schienenfahrzeugen gekreuzt oder
4 befahren werden müssen,
5 e) der freigegebene Fahrradverkehr auf dem zu kreuzenden Radweg für beide
6 Richtungen zugelassen ist oder der Fahrradverkehr trotz Verbotes in der
7 Gegenrichtung in erheblichem Umfang stattfindet und durch geeignete
8 Maßnahmen nicht ausreichend eingeschränkt werden kann,
9 f) für das Rechtsabbiegen mehrere markierte Fahrstreifen zur Verfügung
10 stehen oder
11 g) die Lichtzeichenanlage überwiegend der Schulwegsicherung.

- 12
13 2. An Kreuzungen und Einmündungen, die häufig von seh- oder gehbehinderten
14 Personen überquert werden, soll die Grünpfeil-Regelung nicht angewandt werden.
15 Ist sie ausnahmsweise an Kreuzungen oder Einmündungen erforderlich, die häufig
16 von Blinden oder Sehbehinderten überquert werden, so sind Lichtzeichenanlagen
17 dort mit akustischen oder anderen geeigneten Zusatzeinrichtungen auszustatten.
18 3. Für Knotenpunktzufahrten mit Grünpfeil ist das Unfallgeschehen regelmäßig
19 mindestens anhand von Unfallsteckkarten auszuwerten. Im Falle einer Häufung von
20 Unfällen, bei denen der Grünpfeil ein unfallbegünstigender Faktor war, ist der
21 Grünpfeil zu entfernen, soweit nicht verkehrstechnische Verbesserungen möglich
22 sind. Eine Unfallhäufung liegt in der Regel vor, wenn in einem Zeitraum von drei
23 Jahren zwei oder mehr Unfälle mit Personenschaden, drei Unfälle mit
24 schwerwiegendem oder fünf Unfälle mit geringfügigem Verkehrsverstoß geschehen
25 sind.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51 Abstimmungen:
52 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: IAK12
2
3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Steigerung des Demokratieverständnisses**

11
12 Die Landesfraktion der SPD wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass in Schulen und
13 Berufsschulen das Demokratieverständnis von Schülern und Auszubildenden durch
14 intensivere Auseinandersetzungen mit politischen Themen, aber auch in Hinsicht auf die
15 Profile der einzelnen Parteien, gefördert werden soll.
16

17 **Begründung:**

18
19 In Anbetracht der rückläufigen Erstwählerstimmen und dem Desinteresse junger Leute an
20 Politik wird sichtbar, dass viele unserer Jugendlichen die deutsche Demokratie in ihrer
21 Komplexität und ihrem Fassettenreichtum durch mangelnde Aufklärung kaum verstehen!
22 Auf Grund dieser Problematiken herrscht, unter anderem, in eigenem Interesse akuter
23 Handlungsbedarf.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: IAK13

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-
6 Anhalt, SPD-Landesparteitag und Juso-Bundeskongress

7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

9

10 **Wiedereinrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle Mobilität beim BMELV**

11

12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine
13 Wiedereinrichtung einer wirklich unabhängigen Schlichtungsstelle für den Bereich Mobilität
14 einzusetzen, welche dann wieder beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft
15 und Verbraucherschutz anzusiedeln ist. Diese Schlichtungsstelle ist paritätisch zu je einem
16 Drittel mit Vertretern der Fahrgastverbände, der Verkehrsunternehmen und des
17 Bundesministeriums zu besetzen. Die Verkehrsunternehmen sind weiterhin an der
18 Finanzierung zu beteiligen.

19

20 **Begründung:**

21

22 Eine solche Schlichtungsstelle, die den Kunden von Bus und Bahn bei schwer zu
23 lösenden Problemen zur Seite stehen soll, existierte bereits vom 1. Dezember 2004 bis
24 zum 30. November 2009 unter Trägerschaft des Verkehrsclubs Deutschland. Finanziert
25 wurde sie durch das BMELV. Mit Auslaufen der Förderung sollen nun die
26 Verkehrsunternehmen selbst eine zentrale Schlichtungsstelle führen und so quasi
27 zwischen sich selbst und ihren eigenen Kunden schlichten. Eine besondere Rolle kommt
28 hierbei der deutschen Bahn zu, die zum einen mit ihren Tochterfirmen den Großteil des
29 deutschen Schienenverkehrs betreibt und zum anderen die Gestaltung einer quasi
30 eigenen Schlichtungsstelle zu ihren Gunsten befördert, was unter anderem an der
31 Personalie Dipl.-Ing. Heinz Klewe (derzeit: Geschäftsführung der Schlichtungsstelle;
32 früher: diverse Aufgaben bei der deutschen Bahn) zu erkennen ist.

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: IAK14
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Saalekreis
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 Einführung von Energiemanagementsystemen in Kommunen

10
11 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung eine
12 rechtliche Regelung erarbeitet, die die Einführung von systematischen
13 Energiemanagement-Ansätzen in Kommunen vorsieht.
14

15 Begründung:

16
17 Energiekosten stellen für Kommunen einen zunehmenden Kostenblock. Eine Vielzahl von
18 Kommunen in Deutschland, die bereits strukturierte und IT-gestützte
19 Energiemanagementsysteme eingeführt haben und so ein Monitoring und Controlling von
20 Strom-, Raumwärme und Wasserbedarf und den entsprechenden Kosten realisieren,
21 können nennenswerte Erfolge in punkto Energie- und Kosteneinsparung vorweisen.
22

23 In erster Linie soll es bei kommunalem Energiemanagement um die Optimierung des
24 Energieverbrauchs (Strom, Raumwärme und Warmwasser) im kommunalen Gebäude-
25 und Liegenschaftsbestand gehen. In weiteren Schritten können der öffentliche
26 Nahverkehr, kommunale Fuhrparks etc. in bestehende Energiemanagementsysteme
27 integriert werden.
28

29 Es sollte mittelfristig Ziel sein, in Sachsen-Anhalt kommunales Energiemanagement
30 verpflichtend in allen Kommunen einzuführen, mit Ziel Energiekosten zu senken, aber
31 auch um einen kommunalen Beitrag zur Energieeffizienz sowie zum Umwelt- und
32 Klimaschutz leisten.
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: IAK15
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Stendal und Juso-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld
4
5 Weiterleitung an: SPE-Fraktion im Europäischen Parlament
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Abschaffung der Sommerzeit**

10
11 Die SPE-Fraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Sommerzeit in der gesamten
12 Europäischen Union abgeschafft wird.
13

14 **Begründung:**

15
16 Die Sommerzeit wurde in der Bundesrepublik eingeführt, um nach der Ölkrise in den 70er
17 Jahren das Tageslicht besser auszunutzen und Energie zu sparen. Jedoch ist der
18 erhoffte Erfolg nicht eingetreten. Dem gegenüber steht ein Mehraufwand für die
19 Umstellung der Uhren. Außerdem leiden viele Personen nach der Zeitumstellung an
20 Schlafstörungen. Infolgedessen sind diese Personen im Beruf, in der Schule oder im
21 Studium, aber auch im Straßenverkehr nicht richtig leistungsfähig.
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O1

2

3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales und Landesarbeitskreis
4 Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand

5

6 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8 **Konstituierung der Landesarbeitskreise**

9

10 Der neue Landesvorstand hat die Konstituierung der Landesarbeitskreise innerhalb von 4
11 Wochen nach der Landesdelegiertenkonferenz durchzuführen.

12

13 **Begründung:**

14

15 Bereits in der endenden Legislaturperiode der Landesarbeitskreise wurden Pläne für das
16 zweite Halbjahr in 2010 gemacht. Im LAK ÖkÖk ist beispielsweise bereits im August ein
17 Ausflug mit dem Fachausschuss Energie nach Dardesheim geplant.

18 Außerdem ist für November ein gemeinsames Seminar der LAKs BiSo und ÖkÖk zur
19 Bildungsfinanzierung geplant.

20 Zur besseren Koordinierung der Vorhaben im zweiten Halbjahr bitten wir deshalb, die
21 LAKs spätestens Ende Juli neu zu konstituieren.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: O2
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Generationengerechtigkeit bei der Aufstellung der Landesliste zur**
10 **Landtagswahl 2011**
11

12 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, die jüngere Generation bei der Aufstellung
13 der Landesliste zur Landtagswahl 2011 als deutliches Signal des Neuanfangs in der
14 Landespartei angemessen zu berücksichtigen. Unter den ersten 20 Plätzen der
15 Landesliste sollen sich, sofern eine ausreichende Anzahl von Kandidaturen zum Landtag
16 vorliegt, mindestens zwei aktive Jusos befinden, die vom Juso-Landesverband durch LDK-
17 Beschluss unterstützt werden.

18 Grundsätzliches Ziel sollte es zudem sein, in jedem der so genannten Regional-Block
19 (falls das 2006 verwendete Verfahren erneut zur Anwendung kommt) mindestens eine
20 Genossin oder einen Genossen unter 35 Jahren aufzustellen. Die Jusos hegen nicht die
21 Absicht, diese Forderung in brachialen Kampfabstimmungen umzusetzen, sondern regen
22 an, dass der SPD-Landesvorstand den vorliegenden Beschluss bei seinen Beratungen
23 aus eigenem Antrieb berücksichtigt.
24

25 **Begründung:**
26

27 Bei der Aufstellung der letzten Landesliste sind die Jusos vom Landesverband
28 vergleichsweise stiefmütterlich behandelt worden. Die einzige aussichtsreiche Kandidatur
29 (Platz 18) ist sogar „angegriffen“ worden – was die Jusos seinerzeit nur durch
30 eindringliche Appelle an die Delegierten zurückweisen konnten.

31 Der gewachsene und oft achtend anerkannte Stellenwert der Jusos im Landesverband
32 gebietet es nunmehr, die inhaltliche Arbeit dadurch zu würdigen, dass kandidierenden
33 Jusos in generationeller Ausgewogenheit „sichere“ Listenplätze eingeräumt werden; davon
34 unabhängig bleiben Direktmandate aller Kandidierenden natürlich das erklärte Ziel.

35 Ein wichtiger Punkt wird auch durch den vorliegenden Antrag nicht angetastet: Für die
36 SPD Sachsen-Anhalt sollten am 20.03.2011 diejenigen Genossinnen und Genossen
37 antreten, die durch ihre politische Arbeit in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften,
38 in kommunalen Parlamenten oder im Landtag als „die Besten“ (verstanden im klassischen
39 aristotelischen Sinn) für ein Mandat geeignet erscheinen. Jusos, die allein auf ihren Status
40 als „Berufsjugendliche“ pochen und weder in der Partei verankert sind noch beruflich eine
41 Auskommen jenseits der Politik sehen, sind von diesem Antrag ebenso wenig betroffen
42 wie diejenigen, die in der Politik Erbhöfe vermuten und auch nach dem Jahr 2009 das
43 „Weiter so“ zu bevorzugen neigen.
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: O3
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Regeln für Antragskommissionen**

10
11 Der SPD-Landesvorstand wird gebeten, in den Geschäftsordnungen zukünftiger SPD-
12 Landesparteitage klare Regeln für die Antragskommission insbesondere mit folgendem
13 Inhalt vorzusehen:
14

- 15 • die Antragskommission darf nur dann Abstimmungsempfehlungen aussprechen,
16 wenn diese eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder
17 auf einer Sitzung der Antragskommission erreicht hat;
- 18 • die Abstimmungsempfehlungen werden den Delegierten schriftlich und begründet
19 zur Kenntnis gegeben aber nicht zur Abstimmung gestellt;
- 20 • konkrete Textänderungsvorschläge der Antragskommission werden als
21 Änderungsanträge behandelt;
- 22 • auf Landesparteitagen erhält zuerst der Antragsteller das Wort, die
23 Antragskommission gegebenenfalls im Anschluss.
24

25 **Begründung:**

26
27 Weder im Statut der SPD noch in der Satzung des SPD-Landesverbandes Sachsen-
28 Anhalt sind die konkreten Aufgaben einer Antragskommission beschrieben. Der einzige
29 Hinweis auf diese Aufgaben besteht in der Aussage, dass Anträge zu Parteitag mit der
30 Stellungnahme der Antragskommission des Parteitages zu versehen sind.

31 Nun wird aber oftmals behauptet, es wäre die Pflicht der Antragskommission, eine
32 Beschlussempfehlung zu geben, damit Delegierte, die sich – aus welchen Gründen auch
33 immer – nicht mit dem Antragsbuch beschäftigt haben, einen sicheren Leitfaden für das
34 Abstimmungsprozedere erhalten. Nun sei dahin gestellt, ob es nicht eher die Pflicht der
35 Delegierten ist, sich vor einem Parteitag mehr oder weniger intensiv im Selbststudium oder
36 in der delegierenden Gliederung mit dem Antragsbuch zu befassen – Fakt ist aber: Weder
37 SPD-Organisationsstatut noch SPD-Landessatzung legen Pflichten der
38 Antragskommission fest.

39 Die Antragskommission kann damit – sofern das die Antragskommission einsetzende
40 Vorstandsgremium nicht klare Aufgaben benennt – selbst entscheiden, inwiefern sie den
41 Auftrag „Stellungnahme“ ausgestaltet. Das kann mit einer bloßen Sichtung und dem
42 Vermerk „un/zulässig“ beginnen und über Änderungsanträge bei konkreten
43 Beschlussempfehlungen enden. Dass vor allem letzteres schon immer so gehandhabt
44 wurde, mag zwar stimmen, ist aber kein Argument, dass dies auch gut so ist. Denn worauf
45 begründet sich die Kompetenz eines nicht gewählten Gremiums, dem höchsten
46 beschlussfassenden Gremium von Stadt- bzw. Kreis-, Landes- oder gar Bundesverband –
47 einem Parteitag – Empfehlungen dazu zu geben, wie es abzustimmen hat? Demokratisch
48 legitimiert wird die Antragskommission ja erst auf dem jeweiligen Parteitag, wenn sie ihre
49 Arbeit bereits erledigt hat.

50 Und noch etwas erscheint merkwürdig: Auf Parteitag werden nicht – wie man eigentlich
51 erwarten könnte – die eigentlichen Anträge abgestimmt, sondern das jeweilige Votum der
52 Antragskommission. Die Meinung der Antragskommission erhält damit eine höhere

1 Wertigkeit als der Antragsteller selbst. Auf dem vergangenen Bundesparteitag in Dresden
2 gipfelte das darin, dass teilweise ganze Antragsbereiche im Block (!) nach Votum der
3 Antragskommission abgestimmt wurden – ein Tag nach dem in großen Reden die
4 Notwendigkeit der Erneuerung der SPD und Verbesserung der inhaltlichen Arbeit
5 beschworen wurde.
6 Damit sei nicht gesagt, dass insgesamt auf Antragskommissionen verzichtet werden sollte.
7 Zumindest für redaktionelle Prüfungen, Prüfung der Zulässigkeit und fachlichen Korrektheit
8 sollte es ein Gremium geben, das vor Antragsberatungen auf Parteitag eine Sichtung
9 der Anträge vornimmt. Dass dies sogar zwingend notwendig ist, wird jeder bestätigen
10 können, der einmal an einer Antragskommission teilgenommen hat. Dass dies aber auch
11 ein Votum der Antragskommission zu jedem Antrag zwingend notwendig macht, steht auf
12 einem anderen Blatt. Parteitage zeigen immer wieder, dass bei vorhandenem Votum der
13 Antragskommission nur selten eine wirkliche inhaltliche Debatte aufkommt.
14 Deshalb: Was spricht dagegen, dass die Antragskommission nur noch dann
15 Abstimmungsempfehlungen aussprechen darf, wenn dies mit einer qualifizierten Mehrheit
16 passiert, und dass diese Empfehlungen den Delegierten schriftlich zur Kenntnis gegeben
17 aber nicht zur Abstimmung gestellt werden, und dass Änderungsvorschläge einer
18 Antragskommission ansonsten behandelt werden, wie alle anderen Änderungsanträge
19 auch?

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: O4
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Regeln für Antragskommissionen 1**

10
11 Der SPD-Landesparteitag beauftragt den SPD-Landesvorstand, in den
12 Geschäftsordnungen zukünftiger SPD-Landesparteitage klare Regeln für die
13 Antragskommission insbesondere mit folgendem Inhalt vorzusehen:
14

- 15 • die Antragskommission darf nur dann Abstimmungsempfehlungen aussprechen,
16 wenn diese eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder
17 auf einer Sitzung der Antragskommission erreicht hat;
- 18 • die Abstimmungsempfehlungen werden den Delegierten schriftlich und begründet
19 zur Kenntnis gegeben aber nicht zur Abstimmung gestellt;
- 20 • konkrete Textänderungsvorschläge der Antragskommission werden als
21 Änderungsanträge behandelt;
- 22 • auf Landesparteitagen erhält zuerst der Antragsteller das Wort, die
23 Antragskommission gegebenenfalls im Anschluss.
24

25 **Begründung:**

26
27 Weder im Statut der SPD noch in der Satzung des SPD-Landesverbandes Sachsen-
28 Anhalt sind die konkreten Aufgaben einer Antragskommission beschrieben. Der einzige
29 Hinweis auf diese Aufgaben besteht in der Aussage, dass Anträge zu Parteitag mit der
30 Stellungnahme der Antragskommission des Parteitages zu versehen sind.

31 Nun wird aber oftmals behauptet, es wäre die Pflicht der Antragskommission, eine
32 Beschlussempfehlung zu geben, damit Delegierte, die sich – aus welchen Gründen auch
33 immer – nicht mit dem Antragsbuch beschäftigt haben, einen sicheren Leitfaden für das
34 Abstimmungsprozedere erhalten. Nun sei dahin gestellt, ob es nicht eher die Pflicht der
35 Delegierten ist, sich vor einem Parteitag mehr oder weniger intensiv im Selbststudium oder
36 in der delegierenden Gliederung mit dem Antragsbuch zu befassen – Fakt ist aber: Weder
37 SPD-Organisationsstatut noch SPD-Landessatzung legen Pflichten der
38 Antragskommission fest.

39 Die Antragskommission kann damit – sofern das die Antragskommission einsetzende
40 Vorstandsgremium nicht klare Aufgaben benennt – selbst entscheiden, inwiefern sie den
41 Auftrag „Stellungnahme“ ausgestaltet. Das kann mit einer bloßen Sichtung und dem
42 Vermerk „un/zulässig“ beginnen und über Änderungsanträge bei konkreten
43 Beschlussempfehlungen enden. Dass vor allem letzteres schon immer so gehandhabt
44 wurde, mag zwar stimmen, ist aber kein Argument, dass dies auch gut so ist. Denn worauf
45 begründet sich die Kompetenz eines nicht gewählten Gremiums, dem höchsten
46 beschlussfassenden Gremium von Stadt- bzw. Kreis-, Landes- oder gar Bundesverband –
47 einem Parteitag – Empfehlungen dazu zu geben, wie es abzustimmen hat? Demokratisch
48 legitimiert wird die Antragskommission ja erst auf dem jeweiligen Parteitag, wenn sie ihre
49 Arbeit bereits erledigt hat.

50 Und noch etwas erscheint merkwürdig: Auf Parteitag werden nicht – wie man eigentlich
51 erwarten könnte – die eigentlichen Anträge abgestimmt, sondern das jeweilige Votum der
52 Antragskommission. Die Meinung der Antragskommission erhält damit eine höhere

1 Wertigkeit als der Antragsteller selbst. Auf dem vergangenen Bundesparteitag in Dresden
2 gipfelte das darin, dass teilweise ganze Antragsbereiche im Block (!) nach Votum der
3 Antragskommission abgestimmt wurden – ein Tag nach dem in großen Reden die
4 Notwendigkeit der Erneuerung der SPD und Verbesserung der inhaltlichen Arbeit
5 beschworen wurde.
6 Damit sei nicht gesagt, dass insgesamt auf Antragskommissionen verzichtet werden sollte.
7 Zumindest für redaktionelle Prüfungen, Prüfung der Zulässigkeit und fachlichen Korrektheit
8 sollte es ein Gremium geben, das vor Antragsberatungen auf Parteitag eine Sichtung
9 der Anträge vornimmt. Dass dies sogar zwingend notwendig ist, wird jeder bestätigen
10 können, der einmal an einer Antragskommission teilgenommen hat. Dass dies aber auch
11 ein Votum der Antragskommission zu jedem Antrag zwingend notwendig macht, steht auf
12 einem anderen Blatt. Parteitage zeigen immer wieder, dass bei vorhandenem Votum der
13 Antragskommission nur selten eine wirkliche inhaltliche Debatte aufkommt.
14 Deshalb: Was spricht dagegen, dass die Antragskommission nur noch dann
15 Abstimmungsempfehlungen aussprechen darf, wenn dies mit einer qualifizierten Mehrheit
16 passiert, und dass diese Empfehlungen den Delegierten schriftlich zur Kenntnis gegeben
17 aber nicht zur Abstimmung gestellt werden, und dass Änderungsvorschläge einer
18 Antragskommission ansonsten behandelt werden, wie alle anderen Änderungsanträge
19 auch?

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: O5

2

3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7

Änderung der Geschäftsordnung

8

9 Die Jusos Harz stellen den Antrag, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass
10 anstelle der Nationalhymne, wie in der Geschäftsordnung festgehalten, die Europahymne
11 „Freude schöner Götterfunke“ gesungen wird.

12

Begründung:

13

14 Da zu erwarten ist, dass die Nationalmannschaft das Viertelfinale bei der WM 2010
15 erreicht, wird die Nationalhymne bei der Gelegenheit gesungen. Um Doppelungen zu
16 vermeiden und unseren Gesangskanon für das Wochenende sinnvoll zu ergänzen, kann
17 die Geschäftsordnung so geändert werden, dass wir dann laut Geschäftsordnung die
18 Europahymne singen.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: O6

2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg

4
5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6
7 **Aktiv für die Gleichstellung von Mann und Frau eintreten! Für einen neuen Juso-**
8 **LAK für Gleichstellung**

9
10 Die LDK möge beschließen, das Thema Gleichstellung in das Arbeitsprogramm der Juso-
11 LDK aufzunehmen um die Gründung eines „Landesarbeitskreises Gleichstellung“ zu
12 ermöglichen.

13
14 Begründung:

15 Wir Jusos setzen uns aktiv und nachhaltig für die Gleichstellung von Frauen und Männern
16 und eine geschlechtergerechte Politik ein. Bereits im Hamburger Programm der SPD
17 steht: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und
18 solidarisch miteinander leben können. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die
19 männliche überwinden.“

20 Dennoch herrschen in Alltag, Gesellschaft und besonders in der Wirtschaft nach wie vor
21 nicht hinnehmbare Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, die sich nicht mehr
22 rechtfertigen lassen. In einer modernen, demokratischen Gesellschaft wie der unsrigen
23 sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Frauen und Männer die gleichen Rechte
24 und Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen und
25 Ressourcen besitzen. Darüber hinaus muss ein Leben für allen Menschen frei von
26 tradierten und einschränkenden Geschlechterrollen möglich sein.

27
28 Der neue Juso-LAK Gleichstellung

- 29
- 30 • wird aktiv die Anti-Diskriminierungspolitik vorantreiben
 - 31 • wird ein Frauen-Mentoring-Programm aufstellen. Der Austausch zwischen jungen
32 SPD-Mitgliedern und erfahrenen weiblichen SPD-Politikerinnen – und auch
33 männlichen SPD-Politikern – vor Ort und auf Landesebene soll das Engagement
34 junger Frauen in der SPD fördern und ihre Bindung an den Landesverband
35 verstärken.
 - 36 • will die innerparteiliche Gleichstellung voranbringen
 - 37 • will die Zusammenarbeit mit der ASF und den anderen LAKs zur Förderung der
38 Gleichstellung von Frauen und Männern
 - 39 • möchte Aktionen und Veranstaltungen organisieren, die sich mit dem Thema
40 befassen und in der Gesellschaft auch außerhalb unserer Strukturen auf die
41 Problematik aufmerksam machen
 - 42 • Will bestehende, auf Heteronormativität basierende Ungleichheiten bekämpfen
43 helfen und sich dafür einsetzen, dass Heterosexualität nicht weiter als einzig
44 vorstellbare soziale Wirklichkeit institutionalisiert wird, sondern andere sexuelle
45 Lebensweisen – insbesondere die Homosexualität, aber auch Trans-, Bi-, A- oder
46 Intersexualität in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als gleichwertig anerkannt
werden.

47 Wir sollten ein sichtbares Zeichen dafür setzen, wofür unser Verband steht. Dafür ist die
48 Einrichtung eines Juso-LAKs Gleichstellung unerlässlich.

49
50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

52

1 Antrag: O7

2

3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg

4

5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Landesparteitag

6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9

Solidarische Listenaufstellung zur Landtagswahl 2011

10

11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern den Landesverband auf zur Landtagswahl 2011 eine,
12 alle Kreis- und Stadtverbände zu berücksichtigende Landeslisten aufzustellen. Unter den
13 ersten 20 Listenplätzen sollen alle 14 Kreis- und Stadtverbände mit mindestens einem
14 Kandidaten vertreten sein. Zusätzlich sollen sich unter den ersten 20 Listenplätzen
15 mindestens zwei aktive Jusos befinden.

16

Begründung:

17

18
19 Im Vorfeld der Europawahl und vor allem nach dem desaströsen Wahlergebnis ist es vor
20 allem in den verhältnismäßig schwächeren ostdeutschen Bundesländern zur Kritik an der
21 unsolidarischen Aufstellung der Bundesliste gekommen. Die Kritik an der mangelnden
22 Solidarität der mitgliederstärkeren westdeutschen Landesverbände, sollte der
23 Landesverband Sachsen-Anhalt bei der eigenen Listenaufstellung bedenken.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: O8
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Stendal und Juso-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesvorstand, SPD-Abgeordneten im
6 Europäischen Parlament
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Benennung eines MdEP für Sachsen-Anhalt**

11
12 Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert einen MdEP für Sachsen-Anhalt, in
13 Rücksprache mit dem SPD-Landesvorstand und den SPD-Abgeordneten im Europäischen
14 Parlament, zu benennen.
15

16 **Begründung:**

17
18 Nach den Wahlen im Sommer 2009 zum Europäischen Parlament hat der SPD-
19 Landesverband Sachsen-Anhalt keinen MdEP mehr in seinen Reihen. Dabei werden eine
20 Vielzahl der Gesetze die im Bundestag verabschiedet werden zunächst zum
21 Europäischen Parlament beschlossen. Daher ist es wichtig, dass der Landesverband
22 Sachsen-Anhalt noch vor den Landtagswahlen 2011, eine sozialdemokratische Stimme in
23 Brüssel bekommt.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: WiSo1
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung und Soziales über den Landesvorstand
4 und Juso-Kreisverband Saalekreis
5
6 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen- Anhalt und Sozialministerium
7 Sachsen-Anhalt
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Kostenloses KiTa-Jahr**

11
12 Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung bis
13 spätestens zum Jahr 2015 das letzte Jahr vor der Einschulung für alle Kinder sowohl
14 kostenlos als auch als Ganztagsplatz gestaltet.
15

16 **Begründung:**

17
18 Im vorletzten Jahr vor der Einschulung wird in den Kindertagesstätten des Landes
19 Sachsen-Anhalt mit den Kindern eine Sprachstandsfeststellung durchgeführt, um
20 gegebenenfalls frühzeitig einen Förderbedarf bei einzelnen Kindern feststellen zu können.
21

22
23 Um eine ausreichende Förderung zu gewährleisten - damit alle Schulanfänger auf dem
24 selben Niveau der Sprachkompetenz sein können-, wäre eine Ganztagsbetreuung für
25 alle Kinder vorteilhaft.
26

27 Die kostenlose Gestaltung dieses Jahres soll verhindern, dass kein Kind aufgrund der
28 finanziellen Lage ihrer Eltern benachteiligt wird.
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: WiSo2
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt, SPD-Bundesvrorstand, Juso-Bundesvorstand und
7 Fachausschuss Energie
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

11 **CO₂-Verpressung**

12
13 Bei der Verpressung und Speicherung von CO₂ dürfen nur die sichersten Lagerstätten wie
14 ausgebeutete Öl- und Erdgasfelder genutzt werden.

16 **Begründung:**

17
18 Mögliche Standorte für die Verpressung spielen eine gewichtige Rolle. Um Gefahren zu
19 minimieren, sollten vor allem gut erforschte, ausgebeutete Erdgas- und Ölfelder als CO₂-
20 Lagerstätten dienen. In wie weit Standorte Geologisch für die CO₂-Lagerung geeignet
21 sind, muss ausführlich erforscht werden. Lagerstätten müssen genau wie bei der
22 Endlagerung von Atommüll über Millionen Jahre abgeschlossen sein.

23
24 Dazu müssen entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden.
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: WiSo3
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt, SPD-Bundesvrorstand, Juso-Bundesvorstand und
7 Fachausschuss Energie
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

11 **CO₂-Verpressung 1**

12
13 Die Verpressung und Speicherung von CO₂ (CCS) darf Forschung und Investitionen in
14 erneuerbare Energien nicht verdrängen.

16 **Begründung:**

17
18 CCS ist keine Lösung für die weltweiten Klimaprobleme – diese kann langfristig nur über
19 erneuerbare Energien erfolgen, die mindestens CO₂-neutral Energiegewinnung
20 garantieren. CCS ist dabei keine neutrale Produktionsform, denn nur ein Verhindern von
21 CO₂-Freisetzung in die Atmosphäre heißt nicht, dass kein CO₂ entsteht. Alternative
22 Konzepte verfügen in der Regel über eine bessere Klimabilanz.

23
24 Wir sehen den größten Nachteil der CCS Technologie in der Frage der Endlagerung. Wie
25 auch bei der Atomenergie ist die unbeantwortet.

26
27 Die Strategien von Ländern wie Australien, den USA, China, u.a. bauen vor allem auf
28 Kohle. Als Kompromiss zwischen dem Energiebedarf der Emerging-Market- Economies
29 und einer möglichst nachhaltigen Entwicklung ist es notwendig, ihnen Technologien auch
30 im Rahmen des Clean-Development-Mechanism anzubieten, die langfristig die Reduktion
31 des CO₂-Ausstoßes forcieren.

32
33 Trotzdem dürfen Forschung und Versuchsanlagen in Deutschland nicht zu Lasten
34 erneuerbarer Energien gehen, sondern CCS nur als Erweiterung bestehender
35 Kraftwerkskonzepte zum Einsatz kommen.

36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo4
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand, SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt und Fachausschuss Energie
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Förderung erneuerbarer Energien**
11

12 Sachsen-Anhalt soll ein eigenes, staatliches Innovationsprogramm zur Förderung von
13 erneuerbaren Energien auflegen.
14

15 **Begründung:**
16

17 Sachsen-Anhalt profitiert vom Klima und den sich daraus ergebenden Optionen und
18 strukturellen Veränderungen im Bereich der Energieversorgung, insbesondere durch
19 Nutzung von Solar- und Windenergie. Damit dies so bleibt, sollen Unternehmen in
20 unserem Bundesland Zuschüsse und Bürgschaften für Forschung und Entwicklung
21 erhalten, um diese Bereiche im Land zu halten und auszubauen.
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: WiSo5
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Mitteldeutscher Verkehrsverbund**

11
12 Sachsen-Anhalts Norden soll Teil des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes werden.
13

14 **Begründung:**

15
16 Halle und Umland sind bereits Teil des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes und damit
17 bestens verbunden auch mit Regionen außerhalb Sachsen-Anhalts(Leipzig). In
18 Magdeburg wird an der Einführung eines eigenen Verbundes gearbeitet, „marego -
19 Magdeburger Regionalverkehrsverbund“.
20

21 Es erscheint wenig sinnvoll, dies als Lösung anzuerkennen. Das Land Sachsen-
22 Anhalt sollte nicht durch unterschiedliche Verbände in Nord und Süd aufgespalten werden.
23 Langfristig kann und soll es nur einen Verbund geben, wie es bereits heute in
24 Brandenburg, mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, der Fall ist. Zweckmäßig
25 wäre daher, für die Anbieter von ÖPNV und SPNV im Norden Sachsen-Anhalts sich dem
26 Mitteldeutschen Verkehrsverbund anzuschließen.
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: WiSo6
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Ökonomie und Ökologie über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen- Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Rufbussystem**

11
12 Sachsen-Anhalt muss mittelfristig ein flächendeckendes, effektives Rufbussystem
13 aufbauen, um den ländlichen Raum nicht abzuhängen.
14

15 **Begründung:**

16
17 Sachsen-Anhalt steht vor zwei unterschiedlichen Problemen: Klimawandel und
18 Verknappung von fossilen Brennstoffen werden das Leben in der Fläche „bestrafen“, da
19 die Kosten von Individualverkehr mittelfristig stetig steigen werden. Als Alternative zum
20 PKW kann es nur SPNV auf einem angemessenen Niveau – d.h. günstiger als
21 Individualverkehr – und ÖPNV geben.
22

23 Gleichzeitig ist durch Probleme von Abwanderung in Sachsen-Anhalt und die (damit
24 einhergehende) negative demografische Entwicklung eine Ausdünnung der Bevölkerung
25 im ländlichen Raum um ein Vielfaches höher, als in anderen Flächenländern. Dadurch
26 steigt der Kostendruck auf den SPNV und ÖPNV, der langfristig noch defizitärer werden
27 wird.
28

29 Um beiden Anforderungen – steigende Nachfrage nach Substituten zum PKW und
30 demografiebedingte Mehrkosten – gerecht zu werden, sollten flächendeckende Rufbusse
31 eingeführt werden. Dabei ist auf eine ausreichend hohe Taktung zu achten. Dies
32 mobilisiert auf der einen Seite enorme Einsparpotentiale und hält den ländlichen Raum auf
33 der anderen Seite angebunden.
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:
53

1 Antrag: WiSo7
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6 und die SPD-MinisterInnen
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne gegen Homophobie**

11
12 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung eine Medien-
13 Kampagne zur Aufklärung über und Sensibilisierung für das Thema Homosexualität
14 entwickeln lässt und in einer Art Pilotprojekt in Sachsen-Anhalt umsetzt. Schule und Sport
15 sollen dabei vor allem im Fokus stehen.
16

17 Diese Kampagne soll eine möglichst frühzeitige Gewöhnung und Akzeptanz vor allem von
18 Kindern und Jugendlichen an Homosexualität als Bestandteil unserer Gesellschaft zum
19 Ziel haben. Dafür sollen Kino- und TV-Spots sowie Anzeigen in Printmedien oder auf
20 Werbetafeln, die insbesondere jüngere Generationen ansprechen, zum Einsatz kommen.
21

22 Eine Zusammenarbeit mit der Landesmedienanstalt, der Mitteldeutschen Medienförderung
23 GmbH, den Hochschulen sowie dem Mitteldeutschen Rundfunk und anderen
24 Rundfunkmedien soll dabei – sofern möglich und geeignet – angestrebt werden. Eine
25 Anlehnung an bereits bestehende Projekte ist wünschenswert.
26

27 Eine Ausdehnung des Projektes auf Bundesebene sollte bei einer erfolgreichen
28 Umsetzung in Sachsen-Anhalt von der Landesregierung angestoßen werden.
29

30 **Begründung:**

31
32 Homosexualität ist in Deutschland mittlerweile gesellschaftlich weitestgehend als sexuelle
33 Identität und Lebensweise anerkannt. So verzeichnete eine Ausgabe der APuZ (Aus
34 Politik und Zeitgeschichte, 15-16/2010, 12. April 2010, Bundeszentrale für politische
35 Bildung) eine zunehmende gesellschaftliche Enttabuisierung. „Aber auch in Deutschland
36 wird Lesben und Schwulen als gesellschaftlicher Minderheit nicht selten mit Angst oder
37 gar Hass begegnet. Ein *Coming Out* ist, abhängig vom gesellschaftlichen und beruflichen
38 Status sowie vom persönlichen Umfeld, meist noch immer mit einem nicht unerheblichen
39 Risiko verbunden“, so Hans-Georg Golz im Editorial derselben Ausgabe.

40 So wird z.B. nach wie vor bei Befragungen unter Jugendlichen festgestellt, dass sie ein
41 falsches Bild von Homosexualität haben. Es ist zwar weitgehend bekannt, was
42 Homosexualität bedeutet, aber sie wird nicht als gleichwertige Lebensform anerkannt. Für
43 homosexuelle Jugendliche ist es deshalb immernoch schwer, offen mit ihrer
44 Homosexualität umzugehen, insbesondere in der Schule oder im Sport. Jugendliche
45 SportlerInnen und auch SchülerInnen geraten so unter einen zusätzlichen Druck, was
46 sogar den Abbruch einer Sportkarriere oder der Schule zur Folge haben kann, zumindest
47 aber oftmals lebens- und leistungseinschränkende Auswirkungen mit sich bringt.
48

49 Um das Bild über Homosexualität in der Bevölkerung und vor allem in der Jugend zu
50 verbessern und dadurch vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihr Leben zu
51 erleichtern, fordern wir eine Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne. Über eine
52 flächendeckende Medienkampagne könnte das Thema Homosexualität aus seinem –

1 immernoch bestehenden – Schattendasein herausgeholt und stärker in der Öffentlichkeit
2 vermittelt werden, was mittelfristig zu einer Sensibilisierung, Gewöhnung und Akzeptanz
3 von Homosexualität führen sollte.
4 Dass dabei bereits im frühen Alter mit der Aufklärung begonnen werden muss, ist ein
5 zentraler Punkt, da Aufklärung und Sensibilisierung hier auf den fruchtbarsten Boden fällt
6 und einer abfälligen Behandlung des Themas in diesem Alter den Boden entzieht und so
7 die Gefahr der Verinnerlichung und Automatisierung eindämmt.

8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: WiSo8
2
3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag
6 Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Schaffung einer Landesenergieagentur – Für die Verbraucher in Sachsen-Anhalt**

11
12 Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich für die Einrichtung einer Landesenergieagentur aus
13 und fordert die SPD-Landtagsfraktion sowie den Spitzenkandidaten auf, diesem Anliegen
14 sowohl während des Landtagswahlkampfes als auch im Rahmen möglicher
15 Koalitionsverhandlungen Rechnung zu tragen.
16

17 Die Landesenergieagentur soll als unabhängige Institution in den Bereichen
18 energieeffizientes Bauen und Sanieren sowie erneuerbare Energien eine koordinierende
19 Funktion einnehmen. Hierdurch soll sie einerseits die Verbraucher bezüglich
20 Energieeinsparung- und -effizienz beraten und diese mit Anbietern zusammenführen.
21 Darüber hinaus soll die Landesenergieagentur der Landesregierung und dem Parlament in
22 beratender Funktion bei allen energiepolitischen Fragen zur Seite stehen.
23

24 **Begründung:**

25
26 Die Energiepolitik gewinnt sowohl im politischen Raum als auch in der öffentlichen
27 Diskussion in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Klimawandel, Endlichkeit der
28 fossilen Rohstoffe sowie die Sicherstellung einer bezahlbaren Energieversorgung für
29 Industrie und Privathaushalte zählen zu den Determinanten der deutschen und
30 europäischen Energiepolitik.

31 Viele der in letzter Zeit beschlossenen Maßnahmen hinsichtlich Energieeffizienz und dem
32 Einsatz erneuerbarer Energien (z.B. Erneuerbares-Energien-Gesetz, CO2-
33 Gebäudesanierungsprotogramm, erneuerbares Wärmegesetz, Energieeinsparverordnung)
34 werden vor Ort in den Bundesländern und Kommunen umgesetzt. An dieser Stelle kann
35 eine Landesenergieagentur die beteiligten Akteure vielfältig unterstützen. Einer der
36 Schwerpunkte ist hierbei die Beratung der privaten Verbraucher, insbesondere in Hinblick
37 auf energieeffiziente Sanierung und den Einsatz moderner und effizienter Heizungskessel.
38 Hierzu zählt auch die Vermittlung zwischen sanierungswilligen Hauseigentümern und
39 kompetenten Anbietern. Insofern kann die Landesenergieagentur auch zur Stabilisierung
40 der Märkte im Bereich Effizienztechnologien und erneuerbare Energien in Sachsen-Anhalt
41 beitragen. Durch kompetente Energieberatung und die Vermittlung fairer Partner sparen
42 die Verbraucher letztlich viel Geld. Darüber hinaus kann die Landesenergieagentur auch
43 öffentliche Einrichtungen unterstützen, um Energie und Geld zu sparen.

44 Zudem sollte die Landesenergieagentur zu einem Kompetenzzentrum für Fragen der
45 nationalen und internationalen Energiepolitik ausgebaut werden. Auf Grundlage dieses
46 Wissens berät sie die Landesregierung und den Landtag in Hinblick auf energiepolitische
47 Entscheidungen. Hierzu zählen Entscheidungen im Landtag, aber auch das Verhalten des
48 Landes auf bundespolitischer und europäischer Ebene.
49

50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an:

53

1 Antrag: WiSo9
2
3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress und
6 SPD-Bundesparteitag
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Sockelrente einführen**

11
12 Wir fordern den Parteivorstand auf, die Möglichkeiten der Einführung einer Sockelrente zu
13 überprüfen.

14 Die Sockelrente soll in der Höhe dem sozialen Existenzminimum entsprechen und
15 bedarfsunabhängig zunächst an alle langfristigen Pflichtversicherten der gesetzlichen
16 Rentenversicherung (GRV) mit Anspruch auf Alters- bzw. Erwerbsminderungsrente,
17 perspektivisch an alle Bürger gezahlt werden. Weitere Einkünfte, Rentenansprüche oder
18 Vermögen sollen nicht angerechnet werden.

19 Die zu erwerbenden Anwartschaften aus der GRV sind mit einem Faktor zu multiplizieren,
20 der zum Ergebnis hat, dass die Summe der Rentenbezüge eines Eckrentners aus
21 Sockelrente und den dann zu beziehenden Bezügen aus der GRV dem heutigen
22 Eckrentenniveau entsprechen. Sollte dadurch das Recht auf Bestandschutz bereits
23 erworbener Anwartschaften verfassungswidrig verletzt werden, so bleiben die bisherigen
24 Anwartschaften bestehen, während neue Anwartschaften anteilig (je nach dem Verhältnis
25 von bereits geleisteten und noch verbleibenden Versicherungsjahren) nach dem neuen
26 System erworben werden.

27 Mit der Ausweitung des auf die Sockelrente anspruchsberechtigten Personenkreises auf
28 alle Bürger soll die Steuerfinanzierung dieser Leistung ausgeweitet werden. Die
29 Beitragssätze sinken dann entsprechend und sollen am Ende nur die nach dem Prinzip
30 der Beitragsäquivalenz gezahlten Renten der GRV decken. Zur Finanzierung der dann
31 steuerfinanzierten Sockelrente sollen kombiniert die Verbrauchssteuern (geringere
32 Belastung des Faktors Arbeit) und die Einkommenssteuer (sozialer Ausgleich) als auch
33 die Erbschaftssteuer (Nutzung der demografisch bedingten finanziellen Verbesserungen
34 zur Kompensation der steigenden Demografiekosten) erhöht und damit die Senkung der
35 Rentenbeiträge kompensiert werden.

36 Da somit das Existenzminimum eines jeden Rentners abgesichert ist und durch
37 lebenslange Erwerbsarbeit der Rentenanspruch leistungsgerecht steigen kann, wird die
38 Subventionierung ineffizienter Finanzmarktprodukte zur Altersabsicherung überfällig. Die
39 Sockelrente kann in Zukunft zu einer steuerfinanzierten alle Bürger der Bundesrepublik
40 erfassenden Bürgerversicherung ausgebaut werden, während die solidarische und
41 leistungsgerechte GRV erhalten bleibt, damit auch ein Lebensstandard über dem
42 Existenzminimum durch Erwerbsarbeit ermöglicht wird.
43

44 **Begründung:**

45
46 Das Rentenniveau wird in den nächsten Jahren auf 42 % fallen. Menschen mit niedrigem
47 Einkommen und/oder unterbrochenen Erwerbsbiografien werden zukünftig in großer Zahl
48 trotz lebenslanger Erwerbsarbeit keine Rentenansprüche signifikant oberhalb des sozialen
49 Existenzminimums mehr erzielen können. Dies wird Millionen treffen!!! Für diesen
50 wachsenden Personenkreis ist es legitimatorisch fragwürdig, warum Sie über Jahrzehnte
51 hinweg bis zu bald 22 % Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen haben und dadurch

1 kaum einen höheren Rentenanspruch erwerben, als wenn sie nie gearbeitet und
2 Rentenversicherungsbeiträge gezahlt hätten.

3 Die Einführung einer Sockelrente hätte zudem nicht nur zur Folge eine
4 bedarfsunabhängige Grundsicherung für Ruheständler und Erwerbsunfähige zu schaffen,
5 sondern zudem auch eine Umverteilungskomponente in das deutsche System der
6 Alterssicherung einzuführen, da vom beschriebenen Prozedere die unteren
7 Einkommensschichten stärker profitieren als die höheren Einkommensschichten. Das
8 derzeitige System der Alterssicherung stellt nicht nur ein System ohne
9 Umverteilungsleistung dar, es verteilt sogar von den unteren auf die höheren
10 Einkommensschichten um, da die Menschen mit hohen Rentenanwartschaften eine
11 beträchtlich längere Restlebenserwartung nach ihrem Renteneintritt und zudem eine
12 wesentlich höhere Wahrscheinlichkeit der Erreichung des Renteneintrittsalters aufweisen.
13 So zahlt der Empfänger einer Rente, die nur die Hälfte der Eckrente entspricht ca. 40.00 €
14 mehr in die GRV ein, als er Zeit seines Lebens ausgezahlt bekommt, während der
15 Empfänger mit einer viermal so hohen (also die doppelte Eckrente) Rentenanwartschaft
16 ca. 100.000 € mehr ausgezahlt bekommt, als er Zeit seines Lebens eingezahlt hat, weil er
17 im Durchschnitt 7 Jahre länger Rente bezieht. Eine solche Umverteilung von unten nach
18 oben gilt es umzukehren.

19 Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Anreiz zusätzlicher privater Vorsorge. Die
20 Notwendigkeit privat für das Alter vorzusorgen, um die Rentenniveausenkungen der
21 letzten und der nächsten Jahrzehnte zu kompensieren, ist für diejenigen Versicherten am
22 größten, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens drohen in die Altersarmut zu fallen.
23 Gerade aber für jenen Personenkreis ist die Kompensation der faktischen
24 Rentenkürzungen (Nullrunden bei Preissteigerung) durch private Vorsorge ein
25 ungeeignetes rentenpolitisches Mittel und real häufig unmöglich. Der Anreiz zu privater
26 Vorsorge sinkt für diesen Personenkreis erheblich, wenn die Möglichkeit antizipiert wird,
27 dass privates Vorsorgen am Ende nur zur Verminderung des Anspruches auf
28 bedarfsabhängige Sozialleistungen, aber nicht zu einem höheren Einkommen im Alter
29 führt.

30 Wenn uns die Demografie angeblich zwingt, das Rentenniveau zu verringern, dann sollte
31 nicht das Gesamtniveau wie in den letzten Jahren soweit gesenkt werden, dass mit
32 geringen Einkommen trotz lebenslanger Vollzeiterwerbstätigkeit keine Ansprüche oberhalb
33 des sozialen Existenzminimums mehr erzielt werden können, sondern die Spreizung der
34 Rentenhöhen so verringert werden, dass niemand unter das Existenzminimum fällt, jede
35 Beitragszahlung sich auch in höheren Alterseinkünften niederschlägt, aber die
36 Lohnspreizung sich eben nicht mehr vollumfänglich sondern nur noch teilweise auf die
37 Spreizung der Renteneinkommen auswirkt.

38 Zudem ist die Auswirkung des demografischen Wandels auf die Finanzierbarkeit des
39 Alterssicherungssystems keine Naturgesetzmäßigkeit. Vielmehr ist festzuhalten, dass bei
40 einem positivem Wirtschaftswachstum und einer schrumpfenden Bevölkerung nicht
41 weniger sondern mehr Einkommen für jeden Bürger, ob erwerbstätig oder im Ruhestand
42 zu ermöglichen wäre. Unser derzeitiges Alterssicherungssystem kann aber nicht einen Teil
43 des gesamten Volkseinkommens für die Finanzierung der Altersrenten verwenden,
44 sondern nur einen Teil des Teils der in Form von Löhnen und Gehältern in
45 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ausgeschüttet wird.
46 Bekanntlicherweise wächst dieser nicht, sondern stagniert geradezu. Das eigentliche
47 Problem der Finanzierbarkeit einer guten Altersabsicherung liegt also in der Begrenzung
48 der Finanzierungsbasis auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Eine
49 zunehmende Steuerfinanzierung könnte diese Basis verbreitern und zudem den Faktor
50 Arbeit entlasten, was dem Aufbau von Beschäftigung zuträglich wäre.

51
52

1 Beispiele (idealisiert – nur zur Veranschaulichung):

2
3 Rentner A – Eckrentner:

- 4 - das soziale Existenzminimum mit pauschalierter Miete und Heizkosten (aktueller
5 Durchschnittswert): 685 €

6 Nettoeckrente vor Steuern 2008: 1071 €

7 Die Höhe der Eckrente soll im vorgeschlagenen System der Höhe der Eckrente im
8 derzeitigen System entsprechen: $1071 - 685 = 386$ $386 / 1071 = 0,36$

9 Nach dem vorgeschlagenen System mit Sockelrente: 685 (Sockelrente) + $0,36 * 1071$
10 (Anspruch durch Beiträge) = 1071 Gesamrente

11 Nur noch die 386 € müssten durch Beiträge finanziert werden, dadurch könnte der
12 Beitragssatz massiv gesenkt werden. Die 685 € wären steuerfinanziert und würden je
13 nach Steuerart den Faktor Arbeit weniger belasten oder sozial gerechter erhoben werden
14 können.

15
16 Rentner B – verdiente immer nur halb soviel wie der Eckrentner, zahlte aber ebenfalls 45
17 Jahre Beiträge ein.

18 Nettorente vor Steuern nach dem derzeitigen System: 535,50 €

19 Nettorente vor Steuern neu: $685 + 0,36 * 535,50 = 878$ €

20
21 Rentner C – verdiente immer doppelt soviel wie der Eckrentner, zahlte ebenfalls 45 Jahre
22 Beiträge ein.

23 Nettorente vor Steuern nach dem derzeitigen System: 2142 €

24 Nettorente vor Steuern neu: $685 + 0,36 * 2142 = 1457$ €

- 25 → höhere Beiträge führen immer zu höheren Renten, aber die Rentenspreizung nimmt
26 ab, sodass Erwerbstätigkeit und Beitragszahlung dank der Sockelrente immer zu
27 Alterseinkünften oberhalb des sozialen Existenzminimums führen

28
29 Übergangsbeispiel:

30
31 Rentner D – 30 Jahre alt, hat seit 10 Jahren (im derzeitigen System) Beiträge gezahlt, 35
32 Versicherungsjahre verbleibend nach dem Stichtag:

33 Rentenanspruch nach Renteneintritt: $238 \text{ €/Monat} + (685) * 35 / 45 = 782,78$ € Rentensockel

34 Dazu kommen die Anwartschaften, die in den verbleibenden 35 Versicherungsjahren nach
35 dem Prinzip der Beitragsäquivalenz erworben werden. Geht man davon aus, dass die
36 nächsten 35 Jahre weiter in gleicher Höhe, wie in den vergangenen 10 Jahren verdient
37 wird und der Umwandlungsfaktor tatsächlich 0,36 betragen würde, käme Rentner D auf
38 insgesamt 1083 € (nachzeitigem System 1071 €).

39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo10
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Sozialministerium
6 Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Armut und soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen!**

11
12 Die Jusos Sachsen-Anhalt beobachten mit großer Sorge, dass die Schere zwischen Arm
13 und Reich zunehmend auseinander geht. Einkommen und Vermögen sind ebenso
14 ungleich verteilt!

15
16 In Anbetracht des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer
17 Ausgrenzung fordern wir Jusos, dass eine gründliche Analyse der sozialen Situation der
18 Menschen in Sachsen-Anhalt, insbesondere aber der besonderen Lage der Kinder und
19 Jugendlichen, die im Mittelpunkt unseres Interesses stehen, vorgenommen wird.
20

21 Mit großer Sorge beobachten wir die zunehmende Infantilisierung und Vererbung von
22 Armut. Kinder und Jugendlichen bzw. junge Erwachsene sind in Deutschland und Europa
23 am stärksten von Einkommensarmut betroffen. Dabei muss gerade ihre Integration im
24 Hinblick auf Chancengleichheit, Bildung und individuelle Förderung sichergestellt werden.
25 Die gesellschaftliche Komponente von Armut darf nicht unterschätzt werden.
26

27 Kinder sind die Zukunft unseres Landes, daher muss frühzeitig gegen Kinderarmut
28 vorgegangen werden und in Zeiten der Krise verstärkt in Bildung investiert werden! Den
29 Bundesländern kommt bei der Bekämpfung von Armut eine entscheidende Rolle zu. Nicht
30 nur die Gesellschaft, sondern jeder/jede Einzelne gewinnen, wenn soziale Ausgrenzung
31 und Armutsrisiken verringert werden.
32

33 Wir fordern die Landesregierung Sachsen-Anhalts daher auf, darüber zu berichten, welche
34 (Risiko-) Gruppen aus der Sicht der Landesregierung besonders von Armut bedroht sind
35 und welche Maßnahmen die Landesregierung aktuell ergreift, um den Menschen den
36 Ausweg aus der Armut zu ermöglichen. Die bisher vorgenommenen Maßnahmen sollen
37 einer Evaluation unterzogen und ggf. intensiviert werden.
38

39 **Begründung:**

40
41 Die Europäische Union ruft seit 1983 Europäische Jahre aus, deren Leitmotive für
42 Kampagnen dienen, mit denen die europaweite Öffentlichkeit, also sowohl die
43 Bevölkerung als auch die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf das
44 gewählte Thema aufmerksam machen sollen. Das Jahr 2010 wurde von der Europäischen
45 Kommission zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung auserkoren.

46 Es soll dazu beitragen, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer
47 Ausgrenzung zu stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und
48 Auswirkungen zu schärfen. Darüber hinaus soll mit diesem Jahr den Vorurteilen und
49 möglichen Diskriminierungen gegenüber von Armutsrisiken und Ausgrenzung betroffenen
50 Menschen begegnet werden und Ansätze zu deren Überwindung aufgezeigt werden.

51 In den letzten Jahren haben atypische Beschäftigungsverhältnisse enorm zugenommen
52 und damit den modernen Sozialstaat vor erhebliche Probleme gestellt. Durch die

1 internationale Finanz- und Wirtschaftskrise wurden darüber hinaus europaweit Millionen
2 von Arbeitsplätzen vernichtet, sodass sich Beschäftigungsunsicherheit und Armut noch
3 weiter verschärft haben. Gerade jetzt ist eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts nötig,
4 um allen Menschen ein Leben in Würde und unter aktiver sozialer Teilhabe zu
5 ermöglichen. Selbst vor dem Hintergrund notwendiger Einsparungen im Landeshaushalt,
6 dürfen Kürzungen nicht in diesem Bereich erzielt werden, kurzzeitige Einsparungen sind
7 vor dem Hintergrund notwendiger späterer Investitionen zu kurz gedacht.

8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: WiSo11
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Einführung eines Tariftreuegesetzes**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf, sich für den Erlass eines
12 neuerlichen Tariftreuegesetzes in Sachsen-Anhalt einzusetzen. Dieses soll sicherstellen,
13 dass nur noch die Unternehmen mit öffentlichen Aufträgen betraut werden, die die am
14 Einsatzort geltenden Tariflöhne zahlen. Gleiches gilt für die möglicherweise von den
15 Unternehmen eingesetzten Subunternehmen.
16 Lohndumping zu Lasten der ArbeitnehmerInnen zerstört tausende Arbeitsplätze
17 insbesondere in mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Zukünftig muss
18 Tariftreue das Kriterium dafür sein, dass Unternehmen den Zuschlag für öffentliche
19 Aufträge erhalten. Wir wollen keinen Wettbewerb um jeden Preis, sondern einen fairen
20 Wettbewerb im Sinne der sozialen Marktwirtschaft.

21 22 **Begründung:**

23
24 Land und Kommunen in Sachsen-Anhalt vergeben öffentliche Aufträge aufgrund der
25 engen budgetmäßigen Belastungen nach dem Prinzip des „niedrigsten Preises“ ohne
26 deren Sozialverträglichkeit zu prüfen. So werden aber Lohn- und Sozialdumping und
27 brutaler Preiswettbewerb auf Kosten der ArbeitnehmerInnen gefördert, diese werden
28 gegeneinander ausgespielt. Die öffentliche Hand darf Lohndumping nicht staatlich fördern
29 bzw. tolerieren, indem sie die Steuergelder der BürgerInnen den Unternehmen zukommen
30 lässt, die sich nicht an Tarifvereinbarungen halten, sondern muss der Abwärtsspirale um
31 immer niedrigere Löhne und soziale Standards endlich Einhalt gebieten.

32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
52 Weitergeleitet an: